Einzelpreis 30 Pf. Halle, Donnerstag, den 3. Juni 1920. 31. Jahrgang · Nr. 127

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105995. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 4,50 Mk., vierteljährl. 13,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 4,50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Rüttelt die Gleichgültigen auf!

Vertuschungsmanöver!

Wenn man jetzt die Versicherungen der Deutschnationalen hört, könnte man annehmen, sie hätten doch ein wenig die Hoffnung verloren, durch einen neuen Putsch eine für sie günstigere Position schaffen zu können. Die Vossische Zeitung hat sich anscheinend von diesen Versicherungen einfangen lassen. Sie bringt längere Darlegungen eines „Sonderberichterstatters" über die Stimmung in Pommern, auf dessen zahlreichen Gütern bewaffnete frühere Reichswehrleute und Baltikumbändler sich häuslich niedergelassen haben, bis der „große Tag" herannaht. Es stellt die Sache so dar, als ob die pommerschen Großgrundbesitzer die harmlosesten Leute von der Welt sind und „ihnen jede Beteiligung an einem regierungsfeindlichen Unternehmen fernliege".

Die armen Leute haben nur eine höllische Angst vor der Wahlpropaganda der USP. und der anderen „linksradikalen Parteien". Hier ein Prächen Vossischer Mohrenwäsche:

„Aus all diesen Agitationen werden, so fürchten die Grundbesitzer, die nur auf Plünderung und Mord eingestellten Verbrecherbanden, die keiner Partei angehören, ihren Vorteil ziehen. Die in ihren völlig ungeschützten, voneinander weit entfernten Gutshäusern wohnenden Familien rechnen mit der Möglichkeit, daß solche Banden sie eines Nachts überfallen, ermorden und ausrauben werden. Da in der Nacht keinerlei Hilfe vorhanden ist, das Telephon schon ab 6 Uhr nachmittags seinen Betrieb einstellt, die verhetzte Arbeiterschaft und die russischen Gefangenen, die hier überall auf den Gütern arbeiten, auch nicht daran denken, den Bedrohten im Falle der Not beizustehen, so müssen die allein auf sich und ihre Kräfte angewiesenen Besitzer sehen, wie sie sich selbst verteidigen. Viele pommersche Rittergutsbesitzer haben bereits ihre Familienangehörigen nach den Städten geschafft, weil sie um ihr Leben fürchten. Nur allein von diesem Gesichtspunkte der Unsicherheit aus haben die Arbeitgeber auf dem flachen Lande die Regierung gebeten, ihnen eine kleine Zahl von Soldaten, die zur Entlassung gelangt sind, zur Sicherung ihres Lebens, ihres Gutes und ihrer für die allgemeine Ernährung bestimmten Felder, Aecker und ihres Viehes — ohne den Großgrundbesitz verhungern die Städter — im Falle von Unruhen und Plünderungszügen zur Verfügung zu stellen."

An Versicherungen, daß nicht die geringste Gefahr drohe, hat es auch vor dem Kapp-Putsch nicht gefehlt. Hat doch Noske selbst den General v. Lüttwitz als einen der Edelsten und Besten und um das Wohlergehen der deutschen Republik verdientesten Männer gefeiert. Ein Noske mag sich weiter bupieren lassen, die Vossische Zeitung mag auf den Loyalitätsleim der monarchistischen Putschisten gehen. Das Proletariat wird auf der Hut sein!

Bedrohliche Lage in Ostpreußen.

Aus Insterburg wird uns gedrahtet: **Das Verdachtsmaterial häuft sich zu Bergen. Jede neue bekannt werdende Tatsache zeigt deutlicher die Pläne der Gegenrevolutionäre und belastet mehr die Militärs, die in gewissenloser Weise die Wiederherstellung der Reaktion betreiben. In Insterburg erhält die Sicherheitspolizei täglich Meldungen über verdächtige Truppen von fünf bis sechs Mann, die nachts aus den Kasernen auf die Güter transportiert werden. Die Wirtschaftskompagnien, die aus den entlassenen Reichswehrangehörigen gebildet werden, die nach Truppengattungen eingeteilt und ganz militärisch organisiert werden, werden so um Insterburg verteilt, daß die Stadt vollständig umschlossen ist. Die Sicherheitspolizei ist mitten zwischen zwei Ulanen-Schwadronen untergebracht, so daß sie durch diese in ihren Kasernenräumen sofort entwaffnet werden kann. Die Reichswehroffiziere putschen ihre Leute gegen die Sicherheitswehr auf, so daß eine ständige Spannung besteht. Die rechtssozialistischen Kreise in Tilsit sind fest davon überzeugt, daß eine sorgfältige Organisation zu einem konterrevolutionären Putsch besteht, in dem die Militärs die treibenden Kräfte sind. In den Kasernen liegen verborgen entlassene Offiziere in Zivil. In Insterburg besteht eine heimliche Werbestelle der Eisernen Division, der täglich aus dem Reiche Neuangeworbene zueilen. Die Arbeitsvermittlungsstellen sind offenbar mit im Bunde, weil die von ihnen angeworbenen Landarbeiter Ausweise mit dem Aufdruck „Heeressache" besitzen und nach ihrer Waffenausbildung gefragt werden. Die Arbeiterschaft beobachtet alle diese Bewegungen auf das sorgfältigste und ist über die meisten Waffenlager genau unterrichtet. Deshalb versucht man, diese Waffen immer mehr zu verteilen, um sie der Beobachtung zu entziehen. So wurden kürzlich aus dem Amtsgericht in Pillkallen, in dem große Mengen von Maschinengewehren lagern, mehrfach kleinere Mengen auf die Güter verschoben. Auf jedem Gut in der Umgebung von Pillkallen sind vier bis fünf Maschinengewehre und größere Mengen von Gewehren und Munition. Dasselbe gilt für den Kreis Insterburg und Tilsit. Alle diese Anzeichen beweisen, wie bedrohlich die Lage ist. Der kleinste Zwischenfall kann sie zur Explosion bringen.**

•

Die welfische Gegenrevolution.

Hannover, 2. Juni. Auf Veranlassung des Regierungskommissars für Hannover wurde in Wülfen durch die Sicherheitspolizei ein Waffendepot ausgehoben, das von der Deutsch-hannoverschen Partei für die hannoversche Legion versteckt gehalten wurde.

•

Der vertrauensseelige Reichswehrminister.

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) „Die Reichswehr ist fest in der Hand der Regierung." So ungefähr versicherte am Mittwoch abend der Reichswehrminister Geßler in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Berliner Tageblattes. Der Gedanke, einen Putsch zuzulassen, möge er von rechts oder links kommen, werde von der Reichswehr allseitig abgelehnt. Der Reichswehrminister scheint überhaupt die Putschgefahr äußerst gering einzuschätzen. „In Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen," so sagte er, „fürchte die Rechte einen Linksputsch und die Linke einen Rechtsputsch. Beide Parteien rüsten zur Abwehr." Die Sache der Polizei und Sicherheitswehr oder der Länder sei es, ihrer Herr zu werden. Wenn diese Kräfte nicht ausreichen, werde die Reichswehr eingesetzt. Mit allen Mitteln müsse dem Willen der Regierung Gehorsam verschafft werden.

Aehnlich war auch die Auffassung Noskes fünf Minuten vor dem Kapp-Putsch, und als dann Lüttwitz auf Berlin losmarschierte, saß die Regierung auf dem Trocken. Der Reichswehrminister sieht übrigens die allergrößten Schwierigkeiten in der Durchführung der weiteren Heeresverminderung. Er folgt in dieser Beziehung den Wünschen des Militärs, die sich nicht damit abfinden können, daß das deutsche Heer auf den durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegten Bestand zurückgebracht wird.

•

Todesdrohungen gegen Helmuth v. Gerlach.

In der Friedensgesellschaft in Hamburg sollte Mittwoch abend Helmut v. Gerlach sprechen. Es waren ihm aber so viel Todesdrohungen zugegangen, daß er es vorgezogen hatte, Hamburg nicht aufzusuchen.

Wann tritt der Reichstag zusammen?

Wie der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung meldet, werden schon Vermutungen darüber aufgestellt, wann der neue Reichstag sich zum ersten Male versammeln soll. Unter normalen Verhältnissen würde nach einem so heftigen Wahlkampf zweifellos ein gewisser Zeitraum bis zur Konstituierung des neuen Parlaments verstreichen. Die Verfassung selbst gibt dafür eine Spanne von 30 Tagen; also spätestens am 6. Juli müßte der Reichstag zusammentreten. Durch außerpolitische Erfordernisse wird aber ein früherer Zusammentritt notwendig. Am 21. Juni soll die Konferenz in Spa beginnen. Bis dahin müßte eine neue Regierung gebildet sein, und die neue Regierung muß außerdem vom Reichstag Vollmachten für ihre Verhandlungen in Spa erhalten. Da ergibt es sich von selbst, daß voraussichtlich Mitte Juni die erste Sitzung des neuen Reichstags stattfinden wird. Ein späterer Termin kann kaum gewählt werden, denn wie auch das Wahlergebnis immer sein mag, die Neubildung der Regierung wird eine geraume Zeit erfordern, und daß eine neue Regierung gebildet werden muß, ist sicher. Die drei Koalitionsparteien haben sich bei der letzten Rekonstruktion des Kabinetts unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller dahin geeinigt, daß nach den Neuwahlen das gesamte Reichskabinett zurücktreten soll! Der Reichspräsident soll völlig freie Hand bekommen, auf Grund des Wahlergebnisses eine von ihm zu wählende Person mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen.

Sozialistengesetz in Holland.

Haag, 2. Juni. Die holländische 2. Kammer hat gestern mit 45 gegen 37 Stimmen beschlossen, die Gesetzesvorlage, welche Maßnahmen gegen eine revolutionäre Bewegung festsetzt und die revolutionäre Agitation mit schweren Strafen bedroht, am nächsten Dienstag in Behandlung zu nehmen. Die Sozialisten und Kommunisten, die sich durch diese Vorlage bedroht sehen, haben bereits angedroht, die Annahme zu hintertreiben. Wahrscheinlich wird aber die Zeit zu kurz sein, um den angedrohten Generalstreik am Dienstag durchzuführen. — Das konservativ-liberale Handelsblad bezeichnet den Beschluß der Kammer als einen schlechten Dienst, den die Mehrheit der Regierung erwiesen habe, weil die Vorlage grundsätzlich den Charakter eines Ausnahmegesetzes habe.

Die Noskepolitik.

Rechnet ab mit ihr!

Es ist ein eigenes Ding um das Wort von der Einigkeit des Proletariats. Die Rechtssozialisten, die heute inmitten des Wahlkampfes, hangend vor der Abrechnung, die Forderung nach der proletarischen Einheitsfront an die Spitze ihrer Wahlagitation stellen, diese selben Rechtssozialisten sind die ärgsten Zerstörer der proletarischen Einheitsfront gewesen. Sie waren es, die die prinzipiellen und taktischen Unterschiede der sozialistischen Richtungen erweitert und vertieft haben durch ihre brutale Gewaltpolitik innerhalb der Partei und als Mitglieder der Koalitionsregierung seit der Revolution. Jene Politik, die unter dem Namen Noskepolitik für immer die sozialdemokratische Partei mit Schimpf und Schande bedecken wird, sie hat die Grundlage zerstört, auf der die durch die Revolution gebieterisch geforderte Einigung des Proletariats erstehen konnte. Was geschehen ist, sind nicht Einzelfälle, sondern eine logische Folge der geistigen Einstellung der Rechtssozialisten. Ihr starres Kleben an der formalen bürgerlichen Demokratie nahm ihnen jede Möglichkeit, andere Entwicklungstendenzen der revolutionären Bewegung aufzunehmen und ihre Politik den Forderungen der Revolution anzupassen. Von klarer Ablehnung des politischen Inhaltes, von herzhaftem Vertrauen auf die Kraft des Sozialismus war in ihrer ganzen Kriegs- und Revolutionspolitik kein Zug zu spüren.

Es ist nicht von ungefähr, schreibt die Freiheit, wenn wir den Einigungsrummel der Rechtssozialisten mit tiefstem Mißtrauen begegnen. Es sind kaum fünf Monate her, seit nach dem Blutbad vor dem Reichstag jener Feldzug gegen die unabhängige Partei begann, der die endgültige moralische und materielle Vernichtung unserer Partei zum Ziele hatte. Man erlebte das groteske, nein, das erschütternde Schauspiel, daß eine sozialistische Partei gemeinsam mit dem gesamten Bürgertum gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Sturm lief. Beifall klatschte zu den aufreizenden Reden der Bauer und Heine in der Nationalversammlung und schließlich die Presseverbote und die Verhaftungen proletarischer Führer mit widerlicher Sophistik verteidigte.

Aber besser als alle Worte wirkten die Tatsachen. Am Mittwoch, den 14. Januar, einen Tag nach dem Blutbad, hielt der Reichskanzler Bauer seine berühmte Bartholomäusnachtrede. Er sagte darin über „die Blutschuld der Unabhängigen":

Vor der ganzen Welt und dem ganzen deutschen Volke stelle ich fest, daß die Schuld daran nur die Unabhängige Partei trifft. Vor aller Welt rufe ich aus, daß allein auf die Unabhängigen das Blut der gestrigen Opfer fällt .... Wenn jetzt ein Erwachen durch die Arbeiter geht, denen bis jetzt die Unabhängigen ein Leben in Freuden vorgespiegelt, und denen sie einen Tod in Leiden gebracht haben, dann ist auch dieses erste Blut nach dem Friedensschluß nicht umsonst geflossen. .... Wir werden, wie ich annehme, der Unterstützung dieses Hauses und der öffentlichen Meinung sicher sein, wenn wir die Preßerzeugnisse dieser Gruppen verbieten, gegen die intellektuellen Urheber dieser Katastrophe vorgehen und diejenigen hinter Schloß und Riegel bringen, die bestrebt sind, unser Volk völlig in den Abgrund hinabzustreßen."

Diese Ausführungen machte Bauer unter dem demonstrativen Beifall des ganzen Parlaments mit Ausnahme unserer Genossen. Ja, die Rechtssozialisten unterstrichen ihre Zustimmung nachmals, als ihr Redner bei der danach folgenden Debatte über das Betriebsrätegesetz, der Abgeordnete Bender, mit den Worten begann: „In der Beurteilung der gestrigen Vorgänge schließen wir uns dem Urteile des Reichskanzlers an." In ähnlicher Weise wie Bauer, nur viel zynischer, sprach Heine, ebenfalls unter dem tosenden Beifall der bürgerlich-rechtssozialistischen Einheit.

Das Höchstmaß an widerwärtiger, gemeiner Verleumdung betrieb aber der Vorwärts. Er eilte der bürgerlichen Presse stets um einige Pferdelängen voraus. Wider besseres Wissen, wider alle Wahrheit, ja wider alle reale Möglichkeit überhaupt, schrieb das Blatt am 18. Januar:

„Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß es am 18. Januar beabsichtigt war, die Nationalversammlung, dies auf breitester demokratischer Grundlage gewählte Parlament auseinander zutreiben, als Auftakt einer großangelegten Aktion im ganzen Reich mit dem Ziel des Sturzes der Regierung und der Aufrichtung einer Rätediktatur.

Wenn es nach dem Willen der bolschewistischen Tollköpfe ginge, die das Blutvergießen vom 13. Januar auf dem Gewissen haben, wäre bereits in Deutschland ein Generalstreik emporgeflammt, die demokratischen Regierungen lägen gemeuchelt am Boden und über dem Trümmerhaufen der deutschen Wirtschaft wehte das rote Banner einer deutschen Sowjetrepublik. Der Reichskanzler Genosse Bauer und der preußische Minister des Innern, Genosse Heine, haben in ihren Reden vor der Nationalversammlung am 1. Januar mit unmißverständlicher Deutlichkeit ange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0001

kündigt, daß die Regierung es verstehen würde, das deutsche Volk vor dem Verderben zu schützen und die Tatsache, daß die oberste Befehlsgewalt in den Händen des Genossen Noske liegt, bürgt dafür, daß es nicht bei bloßen Worten bleiben wird.“

Hier haben wir die innige Verknüpfung des Noskeschen Gewaltregimes mit den politischen Absichten der Rechtssozialisten. Jedes Wort der Kritik oder der Empörung würde die Wirkung dieser Zeilen des Vorwärts abschwächen. In rückschauender Betrachtung, nach dem Kapp-Putsch mit allen seinen Folgen, welches Verbrechen gegen die Revolution die Rechtssozialisten mit ihrer damaligen Hetze gegen die Unabhängigen verübt haben. Und was ist übriggeblieben von diesem grandiosen Vernichtungsfeldzug, von dieser fast erdrückenden Fülle der Verleumdung und Verdrehung? Nichts! Nicht einmal so viel, daß sich auch nur die geringste Wahlagitation damit betreiben ließe. Das bestätigt uns ein rechtssozialistischer Zeuge, und zwar nicht der erste beste, sondern ein Redakteur eben desselben Vorwärts, der diese Anklagen gegen die Unabhängigen Tag für Tag zweimal in die Welt hinausschleuderte. Richard Bernstein sagt in seiner Broschüre: Der Kapp-Putsch und seine Lehren auf Seite 7:

„Die Handhabung des Ausnahmezustandes ausschließlich gegen links mußte die Arbeiterschaft erbittern. Als z. B. nach den traurigen Verfallen vor dem Reichstag am 18. Januar 1920 der kaum aufgehobene Ausnahmezustand wieder verhängt wurde, **verbot Noske grundsätzlich alle Versammlungen der Unabhängigen und der Kommunistischen Partei, obgleich kein vernünftiger Mensch annehmen konnte, daß diese Parteien am 13. Januar die Absicht gehabt hätten, aufgeregte Volksmassen den Reichstag stürmen zu lassen.“**

Des Lügengewebe ist zerrissen. Das Blättchen hat sich gewendet. Statt Unterdrückung der Unabhängigen Partei droht den Rechtssozialisten eine gewaltige Niederlage bei den Wahlen. Kein Arbeiter, kein Angestellter, kein ehrlicher Sozialist kann einer Partei seine Stimme geben, die in völliger Verkennung der sozialistischen Grundsätze die gesammelte Kraft ihres Angriffs gegen die revolutionären Sozialisten und damit gegen die Revolution überhaupt richtete, dadurch die Gegenrevolution in Deutschland so stark machte, daß wir wieder vor ähnlichen, nur viel weittragenderen Ereignissen stehen, wie am 13. März.

Anklage gegen 50 deutsche Offiziere durch die Liller Kriegsgerichte.

Wie Havas aus Lille meldet, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlungen, Diebstahl, Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeschuldigten würden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich befinden General Sirt v. Arnim und Oberst Blumenreuter.

Krassins englische Mission.

London, 2. Juni. Die Verhandlungen mit Krassin werden in politischen Kreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und es hat viel Aufsehen hervorgerufen, daß Frankreich eine Teilnahme an den Verhandlungen abgelehnt hat. Die britische Regierung hält trotzdem die Alliierten dauernd auf dem Laufenden über den Stand der Verhandlungen. Lord Curzon zeigt besonderes Interesse für die Verhandlungen. Der Grund ist wahrscheinlich in dem England höchst unwillkommenen Vorgehen der Bolschewisten in Persien zu suchen.

Daily Herald veröffentlicht ein Interview mit Litwinoff, in dem dieser erklärt, daß Krassin England darüber unterrichten soll, daß die Bolschewisten sowohl zur Fortsetzung des Kampfes wie zum Frieden bereit seien, da sie durch den Besitz der Oelquellen in Baku nicht mehr in so großem Maße von fremden Zufuhren abhängig sind.

Wie verlautet, hat Krassin die Ergebnisse seiner Konferenz mit den englischen Staatsmännern nach Moskau mitgeteilt.

Der russisch-polnische Krieg.

Stockholm, 2. Juni. Der Wirtschaftskommissar der Sowjetregierung äußerte, daß die Offensive gegen Polen programmäßig bis zum endgültigen Ergebnis durchgeführt werde. Von einem Stillstand könne keine Rede sein. Rußland brauche für seinen Wiederaufbau und für seine Zukunft eine direkte Grenze Rußland-Deutschland. Zweifelsohne werde die Sowjetregierung ihr Ziel erreichen.

•

Ein Bravo! den italienischen Arbeitern!

Mailand, 1. Juni. Laut Corriere della Sera hat die Arbeitskammer in Triest auf dem Bahnhofe San Andrea einige nach Polen bestimmte, mit Sprengstoff beladene Wagen anhalten und das Kriegsmaterial in die Artillerieschuppen bringen lassen.

Waffenruhe in der Türkei.

Amsterdam, 2. Juni. Times meldet aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung mit Rücksicht auf die allgemeine Einhelligkeit der öffentlichen Meinung bezüglich des Friedensvertrags beschlossen hat den Feldzug gegen die Nationalisten nicht weiterfortzusetzen. Es ist nicht bekannt, ob ein Abkommen geschlossen wurde, jedenfalls ruhen aber auf beiden Seiten die Waffen.

Die Eignung zum Diplomaten.

Der ehemalige „Fürst von Albanien“, Prinz Wilhelm zu Ried, ist der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm als Legationsrat zugeteilt worden, nachdem er vor einigen Monaten seine Eignung zum Diplomaten dadurch erbracht hatte, daß er im Luftschiff Juwelen im Werte von mehreren Millionen Mark von Deutschland nach Schweden verschob.

Kampf gegen den Preiswucher.

Ein Londoner Korrespondent des Genfer Journal berichtet, in England sei ein Kampf gegen die hohen Preise entbrannt. Das Merkwürdige an der Meldung ist jedoch, daß sich ihm eine Reihe von Kaufhäusern angeschlossen haben sollen. Ein Parlamentsmitglied habe einen Schneiderladen eingerichtet, wo man für drei Pfund Sterling = 60 Goldmark einen Anzug kaufen könne, andere Schneider seien aus Konkurrenzrücksichten gefolgt. Ein Schuhwarenhaus verkaufe zu einem Einheitspreise von 5 Goldmark. Auch die Preise für Tee, Honig, Konserven, frisches Fleisch, seien bedeutend zurückgegangen. Im Publikum herrscht große Hoffnung, durch einen Streik der Käufer Preisherabsetzungen erzwingen zu können. Doch ist es höchst fraglich, ob sich gegenwärtig die Macht der Verbraucher jetzt genug erweisen wird, den Produzenten und Großhändlern Preiszugeständnisse abzunötigen. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß auch die Regierung dem Preiswucher entgegentritt. Vielleicht erweist sie sich auch etwas energischer als die deutsche Regierung, die immer größte Sorge hatte, es mit den Kapitalmagnaten zu verderben. Ueberdies ist der Warenhunger in England nicht annähernd so groß wie in Deutschland. Ein Umstand, der dem Kampf der Verbraucher zugute kommt. Ein Preisrückgang auf den ausländischen Märkten würde natürlich auch für die deutschen Verbraucher günstige Wirkungen haben.

Der Wahlkampf.

Was ist Sozialismus?

Sozialismus heißt: Planmäßige Wirtschaft der Gesamtheit für die Gesamtheit.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Sozialdemokratie als erstes Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d. h. Ueberführung desjenigen Kapitals, das der Gütererzeugung dient, in den Besitz der Allgemeinheit. Als Besitzerin der Fabriken, Bergwerke, des Grundbesitzes, der Verkehrsanstalten usw. hat es dann die Allgemeinheit in der Hand, einmal die Gütererzeugung planmäßig zu regeln und sodann den Ertrag gerecht zu verteilen. Die Produktionsmittel bleiben nicht nur unverteilt, sondern erfahren eine viel kraftere Zusammenfassung wie früher. Während unter dem Kapitalismus in irgendeinem Wirtschaftszweig eine ganze Anzahl Fabrikanten ohne Zusammenhang miteinander, ja in schärfster Konkurrenz gegeneinander tätig sind, wird unter dem Sozialismus die gesamte Produktion dieses Zweiges einheitlich und planmäßig organisiert. Demnach ist der Sozialismus das gerade Gegenteil vom „Teilen“.

Der einzelne Kapitalist arbeitet für den Markt, nicht für den Bedarf. Nicht ob Bedürftige da waren, die die Ware brauchen konnten, sondern ob diese auf dem Markt zahlungsfähige Abnehmer

197000000000 Mk.

Was bedeutet diese Zahl? 197 Milliarden oder deutlicher: **197 000 Millionen Mark!** So hoch war am 31. März 1920 die deutsche Schuldenlast. Am Ende des Jahres 1914 betrug die Schuldenlast 6 Milliarden Mark. Während des Krieges sind also 191 Milliarden Mark Schulden dazugekommen.

Auf eine fünfköpfige Familie kommen demnach 16000 Mk. Reichsschulden!

Das sind die Folgen des wahnsinnigen Krieges, den uns der Militarismus und Kapitalismus eingebrockt hat. Wer dieser Verbrechergesellschaft die richtige Quittung ausstellen will,

wählt am 6. Juni

die Liste der USP.

fand, danach wurde gefragt. Wer zum Beispiel Schuhe anfertigte, der fragte den Teufel danach, wieviel Menschen noch barfuß herumliefen. Hatten sie kein Geld, Schuhe zu bezahlen, so mochten sie weiter barfuß laufen. Ein reicher Modegeck konnte sich fünfzig Paar Luxusschuhe anfertigen lassen, während gleichzeitig fünfzig Arme barfuß gehen mußten. Er ging vor, denn er bezahlte besser.

Der Sozialismus produziert umgekehrt nicht für den Markt, sondern für den Bedarf. In einer sozialistischen Gesellschaft wird nicht gefragt: Wer kann Schuhe bezahlen?, sondern: Wer braucht Schuhe? — Und so lange nach bloße Füße da sind, werden zuerst für diese Schuhe angefertigt. Ebenso ist es mit allem andern, mit Kleidern, Möbeln, Wohnungen usw. Der Sozialismus baut keine herrschaftlichen Villen, während Millionen Arme in unwürdigen Löchern zusammengepfercht hausen, sondern er fängt beim Bau gesunder und wohnlicher Kleinwohnungen an. Und so mit allem.

Der Vorteil dieser planmäßigen Wirtschaft leuchtet ohne weiteres ein. Weil unter dem Kapitalismus nach dem Bedarf nicht gefragt wird, sondern nur nach der Zahlungsfähigkeit des Käufers, sind heute Millionen Hände damit beschäftigt, unnützen Tand und Luxus zu fabrizieren, während die Arbeitskräfte für den notwendigsten Bedarf fehlen. Wieviel Schneider, Putzmacherinnen, Modistinnen usw. hält nicht eine einzige „elegante Frau“ stets in Atem! Was wird aufgewendet allein für Reklame, mit der ein Konkurrent dem andern den Rang abzulaufen sucht. Was für allerhand Schundfabrikation, durch die der Käufer betrogen wird. Was für niedrige und schädliche Genüsse, sei es Schnaps oder Schundliteratur. Man betrachte einmal die Geschäftsauslagen daraufhin, wofür alles Arbeitskraft und Kapital da ist, während beides zur Erzeugung dringendsten Bedarfs fehlt. Mit allem räumt der Sozialismus auf.

Die Unterdrückung der Frau.

Sprunghaft nahm die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in den Kriegsjahren zu. Am 1. Januar 1917 berichteten 6528 Krankenkassen mit 8 792 597 Mitgliedern, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder 4 815 519 betrage und damit auf das Doppelte der Zahl vom 1. Januar 1914 gestiegen sei. Anfang 1918 stellte das weibliche Geschlecht mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte. Die Frauen verrichteten damals die schwersten und gefährlichsten Arbeiten. Es gab keine Männerarbeit mit Ausnahme des Schornsteinfegers, die Frauen in jener Zeit nicht geleistet hätten. Auch bei schwerster Arbeit vollbrachten sehr viele Frauen dasselbe wie die Männer. In den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1914 bis 1918 wird wiederholt der außerordentliche persönliche Mut der Arbeiterinnen bei den mit höchster Lebensgefahr verbundenen Arbeiten in der Sprengstoffindustrie rühmend anerkannt. Auch in dieser Hinsicht standen die Arbeiterinnen den Männern nicht nach.

War es da nicht selbstverständlich, daß man ihnen für gleiche Leistung auch den gleichen Lohn zahlte wie den Männern? Kein gerecht denkender Mensch wird dies bestreiten. Trotzdem geschah das Selbstverständliche — nirgends. Von sachverständiger Seite ist festgestellt worden, daß in keinem Gewerbezweige der Frauenlohn auch nur den niedrigsten Männerlohn erreichte. Zum Teil betrug er noch nicht die Hälfte des Männerlohnes.

Hat die unter Mitwirkung von sogenannten Sozialisten regierte Republik an dieser ungeheuerlichen Benachteiligung der arbeitenden Frau etwas geändert? Hat sie auch nur den kleinsten, bescheidensten Versuch gemacht, den Kapitalismus zur Anerkennung dieser Forderung der einfachsten Gerechtigkeit zu zwingen? Ist die Regierung in den Reichs- und Staatsbetrieben hinsichtlich der gleichen Besoldung von Männern und Frauen bei gleicher Leistung mit gutem Beispiel vorangegangen, wie dies z. B. kürzlich das kleine Dänemark getan hat?

Nein und abermals nein! Vielmehr hat diese skandalöse Ungleichheit ausdrücklich anerkannt, indem sie die Unterstützungen für die weiblichen Arbeitslosen um nahezu die Hälfte niedriger ansetzte als die der Männer. Schon diese Tatsache müßte jede arbeitende Frau veranlassen, bei der kommenden Reichstagswahl keine der bürgerlichen Parteien zu unterstützen, die eine Bewegung dieses unwürdigen Zustandes wünschen, damit der Unternehmer jederzeit in der Lage ist, die billigere und billigere Arbeitskraft der Frau gegen die des Mannes auszuspielen, sie zur unfreiwilligen Schmutzkonkurrentin und Lohndrückerin zu machen. Als die jetzige Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sich noch Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nannte, brachte sie 1916 im Reichstag einen Antrag auf Gewährung des gleichen Lohnes für männliche und weibliche Arbeiter bei gleicher Leistung ein. Der Antrag wurde abgelehnt.

Also keine Stimme einem Bürgerlichen, ihr arbeitenden Frauen! Alle Stimmen für die Liste

Kunert-Koenen.

Wer trägt die Schuld am Zusammenbruch?

Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei werden nicht müde, der Revolution die Schuld am Elend des deutschen Volkes zuzuschieben. Die Revolution sei der „Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres gewesen und die Revolution habe den Waffenstillstand vorzeitig erzwungen. Das ist das Thema, das sie dauernd variieren.

Schamlosere Lügen sind nie mit größerer Dreistigkeit zum Zwecke der Wahlmache in die Welt gesetzt worden.

Am 29. September 1918, sechs Wochen vor Ausbruch der Revolution, forderte die Oberste Heeresleitung von der damaligen kaiserlichen Reichsregierung in Anbetracht der schlechten militärischen Lage, daß sie sofort ein Friedensangebot an die Entente ergehen lasse. Als die Reichsregierung zögerte, trieb Ludendorff im Großen Hauptquartier mit aller Energie zu sofortigem Handeln. Ueber seine Ansicht telegraphierte der Vertreter der Regierung im Großen Hauptquartier Lersner nach Berlin:

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht warten. Er bäte Euer Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche abwarten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwochnacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sein müsse, und bittet Eure Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkspruch von Nauen an den Adressaten mit Chiffre gegeben werden könne.

gez. Lersner.

Und als auch das noch nicht half, erging folgende Erklärung des Generalfeldmarschalls Hindenburg an den Reichskanzler:

Berlin, den 3. Oktober 1918.

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendigen gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Aus dieser geschichtlichen Dokumenten geht einwandfrei und unwiderleglich hervor, daß Ludendorff und Hindenburg selbst für den Frieden und Waffenstillstand unter allen Umständen gewesen sind.

Dieselben Leute aber entblödeten sich nicht, im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung das Märchen vom „Dolchstoß in den Rücken des Heeres“ zu ihrer eigenen Entlastung wiederum aufzuwärmen!

Die volle

Schuld am Zusammenbruche

trifft auch nach den Aeußerungen des Führers der Deutschen Volkspartei, des Herrn Stresemann, nicht etwa die Revolution, sondern

das alte System!

Herr Stresemann sagte zu diesem Thema in der Reichstagssitzung vom 22. Oktober 1918 laut Stenogramm:

Wir haben aus dem, was sich entwickelt hat, was wir in diesen vier Jahren ersehen haben in der innen- und außenpolitischen Entwicklung, was ja leider jetzt nur in großen Zügen angedeutet werden kann, den Schluß gezogen, daß das System, das uns hierher führte, sein Recht auf Weiterexistenz verwirkt hat.

Es ist durchaus falsch, daß der Friedensschritt der Regierung die Folge der Heranziehung demokratischer und sozialdemokratischer Elemente zur Regierung wäre.

Wenn ich an einer Stelle lese, die Regierung habe damit begonnen, die militärische Lage durch ihr Angebot an den Feind noch mehr zu erschweren und den Geist der Truppen noch mehr zu erweichen und zu erschlaffen, dann habe ich für die Verantwortungslosigkeit, mit der jemand, der die Verhältnisse kennt, dies niederschreibt, keinen parlamentarischen Ausdruck.“

Nach diesen Aeußerungen des Führers der Deutschen Volkspartei also sind die

Deutschnationalen von einer Verantwortungslosigkeit

in ihrem Bestreben, der Revolution die Schuld am Zusammenbruche zuzuschieben, die nicht mehr überboten werden kann.

Wählerinnen und Wähler! Die Deutschnationalen und ihre Gesinnungsgenossen waren die Träger des Systems, dem Herr Stresemann das Recht auf Weiterexistenz absprach. **Alle bürgerlichen Parteien und Rechtssozialisten unterstützten ihre verbrecherische Kriegspolitik, die Deutschland an**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0002

ren Rand des Verderbens brachte. Deshalb gilt bei den Reichstagswahlen am 6. Juni

ihnen keine Stimme!

Nur dann habt ihr die Gewähr, daß nicht das Elend, in dem wir stecken, bis ins Endlose fortdauert.

Stimmt geschlossen für die Kandidaten der Partei des revolutionären Sozialismus, die allein nichts von Krieg und Mord wissen wollte, die aufs leidenschaftlichste die Kriegspolitik bekämpfte!

Gebt eure Stimme den Kandidaten der USP.

Wählt die Liste Kunert.

Die Reichstagswahlen in Bayern.

Wie aus München gemeldet wird, hat der bayerische Justizminister auf ein Gesuch der Unabhängigen Partei Bayerns um Freigabe der Festungsgefangenen Toller, Nikisch, Schmidt, Hagemeister und Olschewsky, die als Reichstagskandidaten der Unabhängigen aufgestellt sind, den Bescheid erteilt, daß aus Gründen der Staatssicherheit diese Politiker nicht aus der Festungshaft für den Wahlkampf freigegeben werden könnten.

Der Bescheid des bayerischen Justizministers illustriert in grellster Weise die Zustände, unter denen unsere Genossen in Bayern den Wahlkampf zu führen gezwungen sind. Kein Mittel wird von der herrschenden Reaktion unversucht gelassen, um der USP. den Wahlkampf zu erschweren. Wir zweifeln nicht, daß die terroristischen Maßnahmen der Machthaber gerade das entgegengesetzte Resultat zeitigen, und daß die Arbeiterklasse Bayern am 6. Juni die Antwort auf das reaktionäre Gewaltregiment nicht schuldig bleiben wird.

Schiedsspruch im Aerztekonflikt.

Berlin, 2. Juni. (WTB.) Am 31. Mai und 1. Juni haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Unterstaatssekretärs Exzellenz Dr. Caspar und unter Mitwirkung der Ministerialräte Dr. Hamel und Dr. Sitzler die Einigungsverhandlungen zwischen den Aerzten und Krankenkassen stattgefunden. Sie haben in der Frage des Vertragssystems zu einer Verständigung der Parteien geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arztwahl bedeutet. Ebenso wurde ein Einvernehmen über die Schaffung von sozialhygienischen Einrichtungen durch Krankenkassen erzielt. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsspruch der Unparteiischen gefällt werden. Dieser sieht bei Bezahlung nach einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch der Bemessung der Pauschalvergütung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedsspruchs haben sich die Parteien bis zum 15. Juni zu erklären.

Renegat Kloth — die neueste deutschvolksparteiliche Zugnummer.

Der demokratischen Zittauer Morgenzeitung entnimmt die L. V. folgendes Inserat:

Weshalb bin ich
von der Sozialdemokratie zur Deutschen Volkspartei übergetreten?
Hierüber spricht in öffentlicher Wahlversammlung Herr Emil Kloth, ehemaliger erster Vorsitzender des Buchbinderverbandes und sozialdemokratischer Stadtverordneter in Neukölln.

Umsonst zahlen also die deutschen Nationalen die Ueberläufer- und Deserteurprämie, die, wie wir hören, für frühere sozialdemokratische Redakteure oder Beamte der Gewerkschaftsbewegung bis zu 6000 Mark im Monat beträgt, wahrhaftig nicht. Der Renegat Kloth muß sich sein Brot bei den Nationalen und Kapitalisten wirklich im Schweiße seines Angesichts verdienen. — Die Strebermänner bezahlen keinen, er lüge denn für sie. — Wie weitere Nachrichten aus Ostsachsen besagen, ist es in der Kloth-Versammlung zu stürmischen Zusammenstößen gekommen, wobei man Kloth ganz gehörig mitgenommen hat. Man muß dem Mann auch in Zukunft sagen, daß er das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hat.

Der Schweizer sozialistische Führer Platten, der lange in rumänischer Gefangenschaft festgehalten wurde und zuletzt in Rußland war, ist jetzt von dort nach der Schweiz zurückgekehrt. Er wurde von der „freien Schweiz" ungemein gastlich aufgenommen: — „Da gegen ihn vom Generalstreik her noch ein Militärgerichtsurteil auf sechs Monate vorliegt, wurde er bei seiner Ankunft in Romanshorn von der Heerespolizei verhaftet." — Es lebe die Schweizer Ordnung und Freiheit!

Ein Notschrei wider den Mord.

Der Bund Neues Vaterland, der Republikanische Führerbund und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer lassen anläßlich der Ermordung Hans Paasches folgenden Aufruf ergehen:

Seit 1½ Jahren werden planmäßig alle diejenigen dahingeschlachtet, die sich dem Kriegswüten entgegengeworfen und für eine neue Zukunft Deutschlands gearbeitet haben. Da man vorläufig nicht die gesamten Massen niederkartätschen kann, die sich der Schreckensherrschaft der Junker, der Militärs und der Schwerindustrie entgegenstemmen, so werden zunächst die Führer der Revolutionäre und der Kriegsgegner ermordet. Wir erinnern an Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Jogisches und Landauer, an die Spandauer Arbeiterführer, an die 28 Matrosen, an die 15 Arbeiter, die durch Marburger Studenten in Thüringen ermordet wurden. Sämtliche Prozesse zeigen, daß alle Ermordungen straflos oder so gut wie straflos vor sich gehen. Die Morde geschehen ohne jede gesetzliche Form oder nur mit der Parodie einer solchen, sowie besonders durch Erschießung „auf der Flucht". In neuerer Zeit werden besonders diejenigen aufs Korn genommen, die des Pazifismus überführt oder verdächtig sind. Man denke an die Attentate auf Erzberger und v. Gerlach. Fritzen ist während des Kapp-Putsches ermordet worden, jetzt Hans Paasche.

Dieser Fall beleuchtet grell eine neue Sachlage. Die bisherigen Ermordungen fanden gewöhnlich in einer Atmosphäre des offenen Bürgerkriegs statt. Man konnte den Offiziersmördern ihre eigene Erregung zugute halten. Die Mordzentrale läßt aber jetzt eine solche Blutrat vornehmen, um eine politische Erregung erst hervorzurufen. Indem dann eine derartig künstlich von ihnen erzeugte Revolutionsbewegung niedergeschlagen wird, hoffen sie dann ihre weiteren Pläne verwirklichen zu können. Diese bestehen zunächst in der Errichtung der Militärdiktatur, der Vernichtung der wenigen übriggebliebenen Errungenschaften von 1918, darüber hinaus planen sie dann einen Revanchekrieg. Der Lüttwitz-Putsch, der diese Ziele verwirklichen sollte, konnte durch die entschlossene Abwehr der Arbeiter, Angestellten und Beamten bereits im Keim erstickt werden. Er kam nicht zur richtigen Entfaltung, woran auch die mangelnde politische und technische Vorbereitung die Schuld trug. Die Konterrevolutionäre arbeiten daher an einer besseren Vorbereitung zu einem neuen Gewaltstreich.

Sie werden darin begünstigt durch die Machtlosigkeit und verhängnisvolle Kurzsichtigkeit der Regierung. Diese hat nicht nur ihre im März gemachten Zusagen nicht erfüllt, sondern sie duldet, daß durch die Generale die Reichswehr von allen Republikanern gesäubert wird. Bisher ist in Deutschland weder einer der Kriegsverbrecher des Weltkrieges noch irgendeiner der Verursacher des Kapp-Putsches gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden, wohingegen viele Hunderte derer, die im März gegen Kapp kämpften, erschossen oder zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. **Die kommende Militärdiktatur wird nur möglich dadurch, daß die Regierung genau wie vor dem März 1920 die Gefahr eines Militärputsches verkennt.** Indem sie noch wie vor dem Militär freie Hand läßt, erleichtert sie auch das Treiben der Mörderzentrale. Rettung kann nur dadurch kommen, daß das deutsche Volk sich der heutigen Gefahr voll bewußt ist und danach handelt. Zunächst müssen in ganz Deutschland Massenkundgebungen stattfinden, **die die sofortige Bestrafung aller Mörder und der März-Putschisten, die sofortige Abschaffung der Freikorps, Zeitfreiwilligen- und Einwohnerwehren,** sowie die scheinige Umwandlung der übrigen Wehren in eine der Republik treu ergebene Truppe durchsetzen. Die Erfüllung der März-Versprechungen muß durchgeführt werden. **Es muß auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung durch Volksbegehren und Volksentscheid die Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit herbeigeführt werden.**

Der Wiederaufbau Deutschlands wie ganz Europas ist nur möglich durch Zusammenarbeiten der Pazifisten und Sozialisten aller Länder. Solange in Deutschland der Militarismus noch herrscht und die Pazifisten ungestraft vergewaltigt oder gar hinmordet, ist diese Zusammenarbeit unmöglich. Wir fordern deshalb die Freunde des Weltfriedens und der Völkerversöhnung überall auf, dem gewalttätigen Militarismus ein Ende zu machen. Erst wenn der deutsche Militarismus überwunden ist, wird er auch im übrigen Europa ausgerottet werden können.

Bund Neues Vaterland. Friedensbund der Kriegsteilnehmer. Republikanischer Führerbund.

„Niemand für den Mord verantwortlich."

Der amtliche Bericht über die Erschießung Hans Paasches ist nun endlich, zehn Tage nach dem schändlichen Verbrechen, veröffentlicht worden. Oder richtiger: es wurden zwei amtliche Berichte bekanntgegeben. Der eine stammt vom Regierungspräsidenten, der andere vom Oberleutnant Kappe, der die militärische Aktion kommandierte. Zwischen beiden bestehen einige Widersprüche, von denen der wichtigste der ist, daß der Oberleutnant behauptet, es sei die Festnahme des Kapitänleutnants Paasche angeordnet worden, während der Bericht des Zivilisten das als „Irrtum" zurückweist. Das ist indes ziemlich nebensächlich angesichts der Tatsache, daß auch der Zivilbericht zu dem Schluß kommt, daß eigentlich niemand für diese Ermordung verantwortlich zu machen ist. Der Bericht behauptet, daß Paasche, der erst ruhig mit dem Gendarmeriewachtmeister mitgegangen sei, in der Nähe des Gutshauses plötzlich Kehrt gemacht und eiligst im Zickzackkurse dem nahen Walde zugelaufen sei. Weshalb Paasche zu dieser merkwürdigen Flucht gekommen sein soll, zu der gar keine Veranlassung für ihn vorlag — die Haussuchung hat nichts ergeben, was irgendwie zu einem Verfahren gegen ihn hätte führen können —, wird nicht angegeben. Die Darstellung ist schon deshalb unglaubwürdig. Sie behauptet weiter, der Gendarmeriewachtmeister sei Paasche nachgelaufen und habe ihm mehrmals zugerufen: „Bleiben Sie doch stehen, Herr Kapitänleutnant!" Der Wachtmeister habe die rechte Hand an der Pistolentasche gehabt, habe die Pistole aber nicht aus dem Futteral gezogen. Er habe nach der Tasche gegriffen, weil ihm beim Laufen die Pistole aus der Pistolentasche fast herausgefallen wäre. Die Soldaten, die auf Paasche geschossen haben, sollen das gesehen und daraus geschlossen haben, daß der Wachtmeister auf Paasche schießen wollte. Sie deuteten die Verfolgung des Paasche als die eines Festgenommenen, der sich durch Flucht der Festnahme entziehen wollte, und daraufhin hätten sie in subjektiv entschuldbarem Glauben gehandelt, als sie auf Paasche schossen.

Das Ergebnis dieser „Untersuchung" ist also, daß eine Strafverfolgung wegen des „guten Glaubens" der Soldaten nicht stattfinden kann. Wir haben nie daran gezweifelt, daß die Untersuchung zu solchem Resultat führen wird. Von den vielen Anzeichen, daß die Ermordung Paasches schon seit langem geplant war, über die die Berliner Volkszeitung berichtet hat, ist natürlich in den Berichten nichts enthalten. Dafür wird aber festgestellt, daß aus der beschlagnahmten Korrespondenz Paasches hervorgehe, daß er „nicht allein theoretisch für den Räterepublikgedanken eingetreten ist, sondern daß er auch zweifellos ein Hauptmitglied in der Kommunistischen Partei gewesen ist, der er auch Geldmittel zur Verfügung gestellt hat". Dazu war Paasche selbstverständlich durchaus berechtigt und diese Anführung zeigt nur, daß die amtlichen Stellen die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei als eine Rechtfertigung ihres unverantwortlichen Vorgehens betrachten.

Es kommt aber noch viel besser; der Bericht des Regierungspräsidenten fährt fort:

Von der Grenzpolizei ist mitgeteilt worden, daß Wagen mit Waffen und Munition durch Hochzeit und auf Gütern von Landarbeitern verteilt worden sind und daß Paasche in letzter Zeit öffentlich kommunistische Reden gehalten hat. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Waffen im Walde an sicherem Orte versteckt sind. Eine weitere Nachforschung wird eingeleitet werden. Ueber den Grund des eigentümlichen Verhaltens Paasches kann ich auch nur Vermutungen hingehen. Vielleicht trieb ihn im Anblick der Posten sein schlechtes Gewissen zur Flucht, vielleicht wollte er seine Anhänger alarmieren.

Es wird also mit unbewiesenen Verdächtigungen plumpster Art operiert! Das besagt wirklich genug!

Der Mord an Paasche wird gerichtlich nicht gesühnt werden. Das Proletariat muß am 6. Juni für die Sühne sorgen, die noch möglich ist.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Boc; für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Radfahrer! Radfahrer!

Fahrrad-Mäntel Stück **110** Mk.
„ -Schläuche . 38 „
Erstklassige Fabrikmarken
in allen Grössen und Mengen am Lager.
H. Bieder, Gr. Steinstrasse 35,
gegenüber den Kliniken (Nähe Walhalla).

Es saust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

Die erfahrene Miß Jamison ließ also über einem jeden der sechs Häuser, die sie sich gegenüber der Kirche gesichert hatte, eine Rieientafel mit der Aufschrift Kirchliches Volkshotel anbringen, denn es war für sie eine af emachte Sache, daß ihr Weizen blühen werde, und die Einsamen und Verlassenen, die in der Volkskirche geistige Nahrung gesucht hatten, hatten nach deren Verlassen somit die günstigste Gelegenheit, ihre leibliche Nahrung zum Preise von 30 Cent am Sonntagmittagstisch der Miß Jamison einzunehmen.

Alles dieses erfuhr ich bereits am Frühstückstisch, an meinem ersten Sonntagsmorgen in Newyork.

Ich machte einen Gang durch die Straßen und fühlte mich unendlich einsam und verlassen. — Als ich heimkam, war das Mittagessen bereits vorüber; nur einzelne Nachzügler saßen noch schmatzend bei ihrem Likör oder Kaffee. An meinem Tisch hatten desgleichen alle gespeist; nur das junge Mädchen mit den braunen Augen saß noch da, zu der ich instinktiv hingezogen fühlte, weil ich das Empfinden hatte, sie muß ein guter Mensch sein.

Sobald ich an den Tisch trat, sah sie von ihrem Buch auf, nickte mir zu und lächelte freundlich.

Ich hatte sie bereits beim Frühstück in ihrer weißen Hemdbluse sehr hübsch gefunden; nun aber hatte sie ein lose herabfließendes rotes Kleid angezogen, das ihre kräftige Gestalt betonte, und nun kam sie mir beinahe noch hübscher vor.

„Nun, wie gefällt es Ihnen denn hier im Pensionat?" fragte sie mit einem ermunternden Lächeln.

Ich antwortete, es gefalle mir im großen und ganzen recht gut, aber ich mußte dabei unwillkürlich an meine häßliche, ode Dachkammer und an das unappetitliche Essen denken, das für mich bereitgestellt war.

„Ich finde es schauderhaft," sagte Miß Plymton, nahm sich ein gehöriges Stück Butter und schob mir die Schale mit dem Rest zu. „Ich bin auch vollkommen überzeugt, daß sie im Grunde genommen das gleiche denken, und daß Sie vielleicht nur zu wohlerzogen sind, um das Essen zu kritisieren, wie wir es tun. Aber warten Sie nur ein Weilchen: Sie werden sehen, Sie kommen eines Tages auch nach an denselben Punkt. Mir ist es genau ebenso gegangen, als ich die erste Zeit alleine draußen war, aber nun bin ich, Gott sei Dank, über die Sache hinweg. Ich wohne jetzt hier etwas über eine Woche, und als ich Sie heute morgen zum ersten Male sah, habe ich es Ihnen sofort an der Nase angesehen, was Ihnen fehlt. Gott, ich bin ja selbst beinahe vor Heimweh gestorben, als ich herkam! Mit keinem Menschen habe ich gesprochen — volle vier Tage lang; nicht daß ich etwa Wert darauf legte, mit diesen Leuten hier bekannt zu werden, nein, aber ich bin nun mal gewöhnt, mich mit irgendeinem Menschen unterhalten und aussprechen zu können. Deshalb habe ich mir heute morgen, als ich Sie sah, gedacht, daß ich vielleicht ein wenig zu Ihnen halten könnte, wenn Sie nicht immer so scheu sein würden, und deshalb habe ich nun heute mittag auf Sie gewartet."

Ich antwortete, daß ich darüber sehr erfreut sei, und wunderte mich im stillen über ihre Offenheit, die so ganz von der Art abwich, wie ich sie von meiner kleinen Landstadt her gewöhnt war.

Während ich speiste, plauderten wir lebhaft miteinander, zum Teil von allerlei gleichgültigen Dingen, hauptsächlich aber über uns selbst und über die Schicksalswege, die uns hier im Hause von Miß Jamison zusammengeführt hatten, und dieser Gesprächsstoff füllte unsere ganze Aufmerksamkeit aus. Als wir uns vom Tisch erhoben, hatte ich Miß Plymton meine ganze Lebensgeschichte erzählt, und auch von ihr wußte ich bereits mancherlei; sie war drei, drei Jahre älter als ich, hatte jedoch bedeutend mehr Lebenserfahrung; sie stammte aus dem Westen, hatte vorher in Chicago gearbeitet und war nun nach Neuyork gekommen, um sich hier eine Stelle zu suchen.

Wir gingen aus dem Speisesaal in ihr Zimmer hinauf, das ebenso häßlich und unwohnlich war wie das meine, zündeten ein Feuer im Ofen an und sahen lange schweigend in die Glut, bis meine neue Freundin plötzlich traurig sagte:

„Müssen Sie bei dem Feuer da nicht auch ganz unwillkürlich an etwas denken?"

„Ja," sagte ich, „ich denke an mein Heim, das ich nun verloren habe," und mir kamen beinahe die Tränen in die Augen.

„Nicht wahr? Ja, das Heim! Solange man es noch hat, weiß man eigentlich gar nicht, was man hat! Aber nun ist das wohl vorbei für uns beide, weil wir eben beide auf dem Lande aufgewachsen sind. . . ."

„Auf dem Lande?" fragte ich überrascht. „Ich dachte doch, Sie seien aus Chicago?"

„O, nein, nein, ich bin vom Lande; ich kam erst nach Chicago, als ich schon zwanzig war. Wir hatten früher eine Farm in Iowa, aber dann, als mein Vater starb, stand ich allein da, und da mußte ich mir in Chicago Arbeit suchen. Wir hatten im wildesten Teil von Iowa gelebt, dicht bei dem sogenannten Großen Wald. O, ich kenne das Leben draußen an der Grenze; es gibt keine schwere Arbeit, die ich nicht kennen würde; ich bin eben dazu geboren . . ."

Sie lachte und öffnete die Ofentür, denn das Rohr war glühend geworden und drohte die dünne Wand zum Nachbarzimmer in Brand zu setzen.

Ein starkes Pochen ließ uns auffahren; wir lauschten voller Angst, aber bald verstanden wir, daß es irgendein Nachbar war, der Ruhe haben wollte. Als wir noch weitersprachen, wurde das Pochen immer stärker, bis zuguterletzt eine Tür im Gang aufgerissen wurde und eine rauhe Männerstimme mit großen, unflätigen Worten Ruhe verlangte. Da flüsterte ich leise „Gute Nacht" und stahl mich auf Zehenspitzen in mein eigenes Zimmer.

So begann meine Bekanntschaft mit Minnie Plymton, die späterhin zur herzlichen Freundschaft wurde und von großer Bedeutung für mein weiteres Schicksal gewesen ist.

2.

Als ich am nächsten Morgen erwachte, kam wieder das Heimweh über mich, die Sehnsucht nach jenem Heim, das nirgends mehr war, außer in meiner Erinnerung; dann aber entsann ich mich an Miß Plymton, kleidete mich schnell an und eilte, schon mit leichteren Herzen, in das Frühstückszimmer hinab.

Aber meiner harrte eine Enttäuschung: Miß Plymton hatte bereits gefrühstückt und war seit einer ganzen Weile fortgegangen. Ich kaufte mir deshalb eine Zeitung und stieg wieder in meine Kammer hinauf.

Jung und unerfahren wie ich war, machte ich mich sofort mit Eifer daran, die Rubrik: Offene Stellen zu studieren, und ich muß heute zu meiner Schande gestehen, daß ich nur solche Stellen in nähere Erwägung zog, in denen „Damen" verlangt wurden. Ich hatte daheim einen Winter über Unterricht in der Landschule erteilt, und es erschien mir daher nur recht und billig, ja geradezu selbstverständlich, daß sich auch in Neuyork eine Stellung für mich finden müßte, wo ich meine Kenntnisse verwerten könnte, so daß ich nicht direkt von meiner „Hände Arbeit" zu leben brauchte.

Ich antwortete auf alle möglichen Offerten: Gesellschaftsdame, Vorleserin für einen Blinden, Empfangsdame bei einem Zahnarzt, bei einem Photographen usw.

Auf alle diese Offerten hin wurde eine eigenhändige, schriftliche Bewerbung verlangt.

Ich gab ganze Stöße von Briefen aus, aber ich hatte mir ihnen allen nicht das geringste Glück.

Und dann kamen die Fallgruben von Zeitungsanzeigen, die man nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa und sonstwo kennt, in denen sogenannte „intelligente Damen" gesucht werden, welche, wenn sie sich dann melden, unter Umständen für den Beruf des Hausierens mit einer besonderen „Patentmedizin", einer Anzeigensammlerin oder für einen sonstigen Beruf gesucht werden, in dem es am besten ist, gleich von vornherein zu verdungern.

Ich hätte mir viel Mühe und viele Ausgaben ersparen können, wenn ich mich gleich mit Miß Plymton hätte besprechen können, aber sie war abgereist, und es war zweifelhaft, wann sie zurückkehren werde.

Am Montagabend bekam ich eine Postkarte von ihr; sie schrieb, sie sei verreist, um mit einer größeren Firma wegen einer Stellung zu verhandeln, und sie hoffe, mich demnächst auf die oder jene Weise wieder zu treffen.

Das war alles. Und meine Sehnsucht nach diesem einzigen Menschen, der mich ja überhaupt nur annähernd verstanden hatte, stieg doch von Tag zu Tag. Dieser Mensch aber wußte es nicht, er ahnte es nicht einmal.

Trotz alledem aber machte ich mich schleunigst auf die Suche nach Arbeit, denn es war, wenn ich nicht hungern wollte, die höchste Zeit; ich hatte nur noch wenige Dollar im Besitz. Ich glaubte damals, bei der Stellungsuche nach einem ganz bestimmten Plan verfahren zu sollen, und ich war ordentlich stolz auf mich selbst, als ich ihn mir zurechtgelegt hatte: ich sortierte die „Offenen Stellen", und die, um die man sich brieflich bewerben mußte, schrieb ich mir sofort heraus und beantwortete sie, während ich um die, um welche man sich persönlich bewerben mußte, in der ganzen Stadt umherlief. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0003

In Halle findet keine Demonstration statt!

Alle Genossen fordern wir auf, sich in den Distrikten und im Parteisekretariat für Sonnabend und Sonntag zur Arbeit zur Verfügung zu stellen. Das ist die wirkungsvollste Demonstration.

1417 **Das Parteisekretariat.**

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7Uhr.
Fernsprecher 1473.

Der 10. Distrikt hat sein Wahlhilfslokal in der „Bauernschenke", Turmstraße, Ecke Lindenstraße.

Halle.

Donnerstag, den 3. Juni, abends 7½ Uhr:
Distriktsversammlungen
in allen Distrikten in den bekannten Lokalen.

Schiepzig.

Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der Preußischen Krone.

1426 Der Vorstand.

Sangerhausen.

Landrat Kasparek

spricht am **Sonnabend, den 5. Juni, abends 7 Uhr,** im großen **Schützenhaussaal** über:

Das deutsche Volk am Tage vor der Entscheidung.

Reichstagswähler u. -wählerinnen, erscheint in Massen. *658

Der Vorstand der USP.

In einer Stunde **Läuse** vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse (Nissen), Flöhe u. Wanzen, Brut (Nissen), Flöhe u. Mensch. u. Tier, „Eckolda", pat. gesch. Mittel. Wund. unschädl. Verk. Halle, nur Schurig, Steinweg 10. Postwert.

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Der Tag der Entscheidung naht!
Auf zur letzten Wählerversammlung!

Unser bewährter Vorkämpfer

Genosse Fritz Kunert

spricht am **Freitag, den 4. Juni,** im **Volkspark,** Burgstr. 27, über:

Die Reichstagswahlen.
Die Verleumdungen gegen unsere Partei.

Unsere Gegner sind hiermit zur Versammlung eingeladen.

Volle, freie Aussprache wird verbürgt.

Weiter finden Versammlungen statt:

Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr:

Teicha, im Gasthaus Gottschlag.
Sennewitz, im Gasthaus Wenig.
Dölau, im Gasthaus Dierschke.
Ober- u. Untermaschwitz, im Gasth. Damm.
Morl, im Gasthaus Wagner.
Zscherben, im Gasthaus Steinkopf.
Peißen, im Gasthaus zum Bahnhof.
Niemberg, Dammendorf, Schwerz, Spickendorf und Umgegend
am Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in Spickendorf, Gasthaus Jentsch.
Büschdorf-Reideburg.
Sonnabend, den 5. Juni, abends 7½ Uhr, in der Nachtigall.
Bobitz, Lebendorf, Trebitz.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Lebendorf.
Schlettau bei Löbejün.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, Gasthaus Grabe.
Benndorf-Bennewitz.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Schaaf.
Löbejün.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Schützenhaus.

Böllberg-Wörmlitz.
Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Wörmlitz.
Rednerin: Genossin **Krüger.**

Zwintschöna, Bruckdorf, Dieskau, Kanena.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Horn-Zwintschöna.

Dammendorf u. Umgegend.
Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Dammendorf.

Nietleben.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der Sonne.

Trebnitz bei Könnern.
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Trebnitz.

Wiendorf bei Könnern.
Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Wiendorf.

Die Versammlung in Brachstedt findet nicht statt.

Dafür in **Freiheit-Oppin** am **Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr:**

Landarbeiter-Wählerversammlung für Oppin, Brachstedt und Umgegend.
Redner: Genosse **Hesselbarth.**

Lettin.
Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, in der Quelle (Winkelmann).

Hohenthurm-Rosenfeld.
Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Gehre.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Reichstagswahlen. = Wir wollen siegen.

Redner: die Genossen **Bowitzky, Bohla, Janssen, Lemck, Kohl, Grade, Osterburg, Kutzschbauch, Nilius, Menzel, Hesselbarth, Gittel** und der Kandidat zur Reichstagswahl Genosse **Hildebrandt.**

Frauen und Männer! Wähler und Wählerinnen! Auf zum letzten Ansturm. Macht die Versammlungen zu Demonstrationen für den Sozialismus. Niemand darf fehlen.

1428

Werbt für die Liste Kunert!

Holzarbeiter-Verband Halle.

Freitag, den 4. Juni, nachm. 4½ Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27 (großer Saal):

Große öffentliche Versammlung

für die gesamten Holzarbeiter und deren Frauen.

Tagesordnung:

1. **Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen und die politische Einwirkung auf die Wirtschaftskrise in d. Holzindustrie.**
   Referent: Stadtverordneter Genosse **Bowitzky.**
2. **Wichtige Verbandsfragen; Stellungnahme zu den Betriebseinschränkungen und Entlassungen.**

Kollegen aller Branchen, wahlberechtigte Frauen, Söhne und Töchter aller Holzarbeiter, erscheint in Massen in dieser Versammlung.

1430 **Die Ortsverwaltung.** I. A.: E. Winkler.

Ia. Dauerwäsche Verlangen sie Liste 5. Dauerwäsche-Versand Triftstr. 35 II

Eine gute Uhr mit Garantie, eine schöne Kette, Ring, Brosche, Armband usw. **H. Schindler,** Kl. Ulrichstr. 35 I 312

Tischlampen für Elektrisch billigst. **G. Brose,** Gr. Sandberg 8. 659

Felle, a. Sort. Roßhaar, Wolle, Häute kauft zu höchsten Preisen **A. Weise,** Weiße u. Fellhandlung, Kannischestr. 1. Tel. 1667. Händler erh. hohe Preise. 17

658

Normal-Hemden klein mittel groß 35 Mk. 37 Mk. 39 Mk. Dauerwäsche-Vertrieb, **Kl. Berlin 2,** 1 Tr. rechts, Eg. Sternstr.

Nationalkassen, gebraucht, mit einjähr. Garantie, preiswert zu verkaufe. Vertretung a. Musterlager **B. H. Zimmer, Halle,** Alte Promenade 33. Telephon 3124. *634

Eilenburg.

USPD.

Sonnabend, den 5. Juni 1920, abends 8 Uhr, in der Quelle

Mitglieder-Versammlung.

Alle Genossen und Genossinnen die am Wahltage Hilfe leisten wollen, werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

*652 **Der Vorstand.**

Aenderungen in den Listen der Wahlvorsteher.

Infolge Ablehnung des Ehrenamtes sind für nachstehende Stimmbezirke nunmehr folgende Herren als Wahlvorsteher und Stellvertreter ernannt worden:

a) Wahlvorsteher.

Bezirk 4: Winter, Wilhelm, Gutsbes., Talstr. 6,
" 10: Merguer, Max, Buchbindermstr., Triftstraße 20.
" 11: Schneider, Ernst, Rektor, Gr. Brunnenstraße 2,
" 17: Schrader, Hermann, Bergrat, Ludwig-Wucherer-Str. 78,
" 25: Gruneberg, Otto, Kaufmann, Geiststr. 41,
" 26: Bauer, Karl, Bureaubeamter, Leipzigerstr. 6,
" 31: Müller, Waldemar, Kaufmann, Magdeburger Str. 34,
" 37: Meinhardt, Alfred, Schneider, Fürstenstal 5,
" 41: Dommeratzki, Adolf, Malermstr., Jakobstraße 2,
" 42: Thier, Franz, Direktor, Moritzzwinger 4,
" 46: Fritsche, Paul, Drogist, Delitzscher Str. 74,
" 57: Fleischer, Otto, Obering., Böllberger Weg 2,
" 60: Schober, Harry, Großkaufmann, Schwetschkestraße 39,
" 70: Stone, Ernst, Schmiedemeister, Raffineriestraße 43 a,
" 72: Reinicke, Fritz, Prokurist, Merseburger Straße 41—42.

b) Wahlvorsteher-Stellvertreter:

Bezirk 2: Reiche, Robert, Rentier, Kurallee 15,
" 3: Lenz, Wilhelm, Dr. phil., Seebener Str. 9b,
" 5: Drebinger, Konrad, Konkursverw., Burgstraße 50,
" 10: Müller, Wilhelm, Kontrolleur, Eichendorffstraße 24,
" 25: Schlick, Paul, Obermeister, Geiststr. 13,
" 32: Jovishoff, Max, Kaufmann, Hogenstr. 4,
" 56: Beckof, Arno, Verm.-Sekr., Weingärten 32,
" 65: Möllhoff, Otto, Malermstr., Streiberstr. 45.

Ansichtskarten empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Kopfnisse werden garantiert in 24 Stunden entfernt ohne schädliche Einwirkung auf das Haar. Prospekte diskret und *309 kostenlos. **Versandhaus „Excelsior", Nürnberg, Weberplatz 11.**

Häckselschneidemaschine fast neu, zu verkaufen Meinchthonstraße 45. Fernsprecher 1450. *649

Arbeitsmarkt

Schmiedelehrling für sof. oder 1. Juli mit guter Kost stellt ein *655 **Gustav Schuch,** Schmiedemeister. Diemitz, Sagisdorferstr. 6.

Suche: Dek.-Mamiells. Dekon. Scholarinnen, Stützen, Kinderärtl., Köchinnen, Kochmamiells, Zimmer-, Haus-, Küchen- u. Abwaschmädchen, f. Sanatorien, Wärterinnen, Alleinmädchen. *656 Binnenpost. Inh. Friedr. Gareis, gewerbsmäßiger Stellenvermittler, Schmerstraße 17/18.

Zimmerleute stellt für dauernde Arbeit sofort in **Kolonie Kanena** ein *645 **Höhn & Rackwitz, Gröbers.**

Lehrling stellt ein unter günstigsten Bedingungen **Kern & Kreutzberg, Jakobstraße 4.** Glasmalerei und Kunstglaserei. 1400

Sämtliche Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung.

An alle Angestellten.

Die unerhörten politischen Ereignisse, die jetzt so rasch die Reichstagswahlen herbeiführten, machen es jedem Kopfarbeiter, dem Handlungsgehilfen wie dem Techniker, dem Werkmeister wie dem Bureauangestellten, dem Bühnenangestellten wie dem Zeichner zur Pflicht, sich restlos unbedingt an der Wahl zu beteiligen. Soll doch durch diese Wahlen entschieden werden, in welchem Geiste die politischen Geschicke des deutschen Volkes geleitet werden, soll doch die große Frage durch die Stimme des Volkes beantwortet werden, ob wir die Wiedererstarkung des Kapitalismus oder seine Beseitigung durch die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wollen.

Warum müssen wir Angestellten wählen?

Seit den Novembertagen 1918 haben auch die Angestellten ihren eigenen Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum aufgenommen. Ihre wirtschaftliche Notlage zwang sie, gegenüber dem Arbeitgebertum, das zwar Riesengewinne aufhäufen konnte, aus freien Stücken aber keinen Pfennig für die Angestellten übrig hatte, mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Selbsthilfe vorzugehen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben, das Unternehmertum mußte erkennen, daß es nicht mehr wie früher der alleinige Herr im Hause ist, sondern mit den Organisationen auf gleichem Fuße verhandeln muß und durch die Einmütigkeit der Angestellten gezwungen werden kann, diesen materielle und soziale Zugeständnisse zu machen.

Die Gewerkschaften führen den Kampf um den Arbeitsvertrag.

Aber sie können in diesem Kampfe nur siegen, wenn ihnen die politischen Gewalten zu Hilfe kommen. Alle Gewerkschaften, die diesen Namen verdienen, stellen Forderungen an die Sozialpolitik. Sie verlangen vor allen Dingen die Anerkennung der wirklichen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der ganzen Wirtschaftsordnung. Solange wir als Pult unzählige Drohnenexistenzen mit ernähren müssen, solange unsere Volkswirtschaft statt auf die Deckung des Bedarfs nur auf die private Gewinnerzielung eingestellt ist, solange die zufälligen Besitzer von Grund und Boden, Bergwerken und Häusern oder Anweisungen auf das Volksvermögen und die Steuerkraft von der Gesamtheit mit ernährt werden, kurz, solange die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung nicht ersetzt ist durch die planmäßige Gemeinwirtschaft für den Bedarf der Gesamtheit und geleitet durch die Organe der Gesellschaft bis hinein in die kleinsten Betriebe, solange wird auch der irrsinnige Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen fortdauern bis zum völligen Zusammenbruch, von dem gerade die Kopfarbeiter am fürchterlichsten getroffen würden.

Darum muß jeder gewerkschaftlich denkende Angestellte, der über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens nachdenkt, Sozialist sein.

Sozialismus aber ist nur möglich als politische Tat.

Wenn der neue Reichstag wiederum eine bürgerlich-kapitalistische Mehrheit bekäme, wenn es den Sirenengesängen und dem Appell an die Unkenntnis und das mangelhafte Denken der Massen gelänge, wiederum den Parteien der Deutschnationalen, des Zentrums oder der Demokraten, die Mehrzahl der Stimmen zuzuführen, dann würde auch die Arbeit der gewerkschaftlichen Organisationen zur Unfruchtbarkeit verdammt werden und vor allem wäre der Ausweg aus dem Irrsinn der kapitalistischen Mißwirtschaft in die gerechte und planvolle Gemeinwirtschaft auf absehbare Zeit versperrt. Das zu verhindern, ist die Pflicht gerade der Angestellten.

Wen wählen nun die Angestellten?

Daß die politischen Freunde der Kapp, Lüttwitz für uns nicht ernsthaft in Frage kommen können, ist klar. Ihre Hintermänner sind die sogenannten Volksparteiler, die Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen, die nur auf den Tag lauern, um die junkerlich-kapitalistische Reaktion wieder aufzurichten. Daß man jetzt, wo am einmütigen Widerstande der Kopf- und Handarbeiter der militärische Putsch gescheitert ist, nichts mehr mit den Kappisten zu tun haben will, entlastet die Deutschnationale Volkspartei um kein Gramm von ihrer schweren Schuld. Denn nur die maßlose Hetze, die seit Jahr und Tag von allen Organen der Rechtsparteien gegen die Revolution und die Demokratie, gegen alle sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten eineinhalb Jahre gerichtet worden ist, schuf den Nährboden, aus dem heraus der verbrecherische Plan der Wiederaufrichtung der junkerlich-militärischen Gewaltherrschaft entstehen konnte. Einzig und allein die

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

geht ihren sicheren und steigen Weg zur Befreiung aller arbeitenden Stände aus dem Joche des Kapitalismus, zur Errichtung einer klassenlosen, dem Gemeinwohl dienenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die USPD. steht auf dem Boden des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit.

Sie will alle Kopf- und Handarbeiter vereinigen in der Einheitstrout

gegen die Nutznießer und Klopfsechter des Kapitalismus. Sie lehnt jede Gemeinschaft mit den Klassenvertretern des Bürgertums ab.

Ihr sozialistisches Programm

deckt sich mit den Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter wie der Angestellten.

Sie tritt ein für die Sicherung des Koalitionsrechts, des Achtstundentages, für die Gleichberechtigung der Frau auch im Wirtschaftsleben, den freien Sonnabendnachmittag, die Einführung gesetzlicher Ferien, den Ausbau der sozialen Hygiene und Kontrolle, der sozialen Versicherung, der Erwerbslosenfürsorge, der Arbeitsvermittlung. Sie verlangt aber vor allem die Durchführung der Vergesellschaftung des Bank- und Versicherungswesens, des Bergbaues und der Energieerzeugung, des Großgrundbesitzes, des städtischen Grundbesitzes, des Ernährungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens, sozialistische Steuerpolitik und vor allem Einführung der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen. Sie steht auf den Standpunkt, daß die Hand- und Kopfarbeiter, die Träger der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur, auch die verantwortlichen Träger aller rechtlichen Einrichtungen und politischen Gewalten sein müssen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Herstellung einer schöneren, besseren und edleren Zukunft möglich sein.

Diesem Ziele soll auch die Arbeit der USPD. im neuen Reichstage dienen. Darum Angestellte, ihr, die ihr seufzt unter der Last eurer wirtschaftlichen und sozialen Notlage, ihr, die ihr ein Herz habt für die Kämpfe und Leiden der arbeitenden Menschheit, ihr, die ihr euch noch begeistern könnt für die höchsten Ideale der besten und edelsten Köpfe aller Zeiten, reicht uns die Hand, gebt eure Stimme der

Unabhäng. Sozialdem. Partei Deutschlands,

der Liste:

Kunert - Koenen - Düwell.

Der Wahlkampf

erfordert hohe Summen. Die gegnerischen Parteien bekommen von den Kapitalisten Hunderttausende zur Verfügung gestellt. Damit soll das Proletariat im Wahlkampf niedergerungen werden.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Das muß verhindert werden. Zeichnet die Sammelliste der USP. Gebt, soviel in euren Kräften steht! Allwöchentlich einen kleinen Betrag am Lohntag muß jeder für den Kampf um die Befreiung seiner Klasse übrig haben.

Aus der Provinz.

Die Stunde der Entscheidung.

Nur wenige Tage trennen uns noch von der Stunde der Entscheidung. Die gesamte schaffende Bevölkerung hat am kommenden Sonntag Gelegenheit, den Reaktionären und Scharfmachern, den Ausbeutern und scheinheiligen Kirchendienern, den verrottenden Regierungssozialisten die langverdiente Quittung zu geben. Wer von dem kommenden Reichstag Gesetze erwartet, die der großen Masse des deutschen Volkes neue Lasten auferlegen, der mag Renegaten, Ausbeuter und die Parteien der Reaktion wählen. Wem es aber ernst ist mit der Befreiung der Arbeiterklasse, wer die Sklavenketten, die auf ihm lasten, von sich werfen und ein menschenwürdiges Leben führen will, der kann nicht anders: er muß am 6. Juni die Liste Kunert wählen.

Reichstagswähler! Denkt an die Vergangenheit, denkt daran, wie ihr stets vom Kapitalismus ausgefaugt und unterdrückt worden seid. In den letzten Wochen und besonders in den letzten Tagen sieht man, wie sich die Feinde der Arbeiter an alle Schichten des Volkes heranschleichen und um ihre Stimmzettel zum 6. Juni buhlen. Wer als Angehöriger der schaffenden Bevölkerung am kommenden Sonntag seine Stimme den Parteien der Blutjunker gibt, ist nicht nur ein Tor, sondern ein Verräter seiner Klassengenossen. Deshalb wird von uns immer wieder darauf hingewiesen, daß das Proletariat durch seine berufene Partei am 6. Juni den Sieg erringen muß. Soll der Kapitalismus weiter herrschen und noch mehr Jammer und Elend, Hunger und frühzeitigen Tod, Witwen und Waisen schaffen? Nein, das darf es nicht geben, wir wollen frei sein von allen Unterdrückern und Sklavenketten, frei soll sich das Leben alles dessen gestalten, was Menschenantlitz trägt. Deshalb kann es am Sonntag nur heißen: Auf zum Kampf, für Freiheit und Recht, wir wählen die Liste

Kunert — Koenen — Düwell.

•

Zu gewaltigen Massenaktionen

müssen sich am Vorabend der Wahl die im ganzen Bezirk veranstalteten Wahldemonstrationen gestalten. Sie sollen eine machtvolle Kundgebung für den Sozialismus werden und den noch schwankenden Gemütern in einer bisher unerreichten Heerschau des revolutionären Proletariats die Macht des sozialistischen Gedankens beweisen. Wie am Weltfeiertag der Arbeit die riesigen Massen des sozialistisch geschulten schaffenden Volkes in nie gekanntem Umfange auf den Plan traten und für die Forderungen des Maifeiertages demonstrierten, so rufen wir auch diesmal das gesamte schaffende Volk wiederum auf, am Sonnabend auf die Straße zu gehen und als Auftakt zu den Reichstagswahlen in prächtigem Umzug gegen die Reaktion und für den revolutionären Sozialismus und die Unabhängige Sozialdemokratie zu demonstrieren. Hierdurch legen wir gleichzeitig das Bekenntnis ab, daß wir uns trotz des mit Energie durchgeführten Wahlkampfes von jeder Ueberschätzung des Parlamentarismus frei wissen, daß wir, trotzdem wir uns aller Kampfmittel einschließlich der Parlamente bedienen, die Aktion der Masse doch nach wie vor als das vornehmste Kampfmittel des Proletariats betrachten und somit auch in der Zeit der Parlamentswahlen unsere Grundsätze nie aus dem Auge verlieren. Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Parteigenossen und Genossinnen, werft für die stärkste Beteiligung an den Wahldemonstrationen, die zu einem Massenaufmarsch der Arbeiterbataillone werden müssen!

Betriebsräte, Vertrauensleute des Bezirks Halle-Leipzig.

Nachdem wir unsere provisorische Betriebsrätorganisation im Bezirk Halle-Leipzig auf den Grundsätzen des Rätesystems aufgebaut haben, ist unsere provisorische Arbeit erledigt und die eigentlichen Arbeiten müssen aufgenommen werden. Der geschäftsführende Ausschuß ruft daher alle Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, Vertrauensleute und Betriebsvertreter zu einer

Vollversammlung

am 13. Juni, früh 9 Uhr, nach dem großen Volkspark-Saal in Halle zusammen. Die Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Es sei aber darauf hingewiesen, daß jetzt neben unserem Vorschlag für den Aufbau, der sich voll und ganz mit dem der Betriebsräte-zentrale eBrlin deckt, auch von seiten der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Berlin ein Organisationsaufbau herausgegeben und veröffentlicht wird. Arbeitskollegen, nehmt Stellung zu diesen Vorschlägen. Um in der Vollversammlung eine klare Darstellung geben zu können, lassen wir mehrere führende Genossen aus Berlin kommen. Ganz besonders soll die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften besprochen werden, nachdem am Tage vorher mit den freien Gewerkschaften eine Konferenz getagt hat. Leider müssen wir darauf hinweisen, daß Delegationskosten nicht erstattet werden können; dennoch darf kein Arbeiter- oder Angestelltentrat ohne Vertretung bleiben.

Um die eQuartierfrage regeln zu können, erbitten wir umgehend Bericht über die Zahl der teilnehmenden Betriebsräte im Ort, Revier oder Betrieb an die Zentrale des Bezirks Halle, Harz 42-44, Zimmer 37.

Der geschäftsführende Ausschuß der WRO., Bezirk Halle-Leipzig.

•

Gewerkschaftsvorstände, Spitzenorganisationen der WRO., Bezirk Halle-Leipzig.

Gleichzeitig laden wir die Vorstände und Leitungen der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften im Bezirk Halle-Leipzig zu einer Konferenz am 12. Juni, vormittags 9 Uhr, im Volkspark zu Halle zusammen mit den Spitzenorganisationen der Wirtschaftlichen Räteorganisation des Bezirks ein. Als Spitzenorganisationen gelten die Revierwirtschafts- und Reviergruppenräte, die Bezirksgruppenräte und der provisorische Bezirkswirtschaftsrat. Auch hier darf keiner fehlen, um Klarheit über unsere Stellung zu den Gewerkschaften zu schaffen. Wir bitten auch hier um vorherige Meldung an die Zentrale des Bezirks; desgleichen müssen wir auch hier darauf hinweisen, daß wir Delegationskosten nicht tragen können.

Der geschäftsführende Ausschuß der WRO., Bezirk Halle-Leipzig.

Sangerhausen. Der kommissarische Landrat, Genosse Kasparek, dem auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern die Verwaltung des Landratsamtes Sangerhausen übertragen worden ist, hat am vergangenen Montag die Geschäfte übernommen.

Sangerhausen. Eine interessante Stadtverordnetensitzung tagte am letzten Dienstag, die der Stadtverordnetenvorsteher ihrer Wichtigkeit wegen nach dem großen Schützenhaussaal einberufen hatte. Schon lange vor Beginn war der Saal von Zuhörern dicht gefüllt, besonders war auch die Arbeiterschaft vertreten. Hunderte von Leuten mußten umkehren, weil sie keinen Platz mehr fanden, andere Hunderte mußten stehen, sie hielten denn auch bei der interessanten Aussprache vier Stunden stehend aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Stadtverordnetenvorsteher, Gen. Schröder, den anwesenden kommissarischen Landrat, Gen. Kasparek. Dann begründete Stadtrat Gen. Franzke die Magistratsvorlage wegen der Mittelbewilligung für die Verstärkung der Polizei, die aus den Kreisen der Sangerhäuser Bürger mit Ausnahme der monarchistischen Elemente vorgenommen worden war. Auf den am 15. Mai hier ausgebrochenen von rechts inszenierten Putsch eingehend, legte Gen. Franzke dar, daß die Rechtsparteien von der Polizeiverstärkung ausgeschlossen werden müßten, weil sie trotz allen Ableugnens doch Anhänger der Kappisten sind. Schon der Ruf der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei nach Entsendung von Reichswehr oder Sicherheitspolizei bürgt für die Putschabsichten der Reaktionäre, die geradezu den Zeitpunkt herbeisehnen, wo auf den Straßen Sangerhausens Arbeiterblut fließt. Sollten aber die Putschparteien doch erwirken, daß Militär oder Sicherheitspolizei nach Sangerhausen verlegt wird, dann wird sich in der Arbeiterschaft zweifellos eine solche Unruhe bemerkbar machen, daß sie die schlimmsten Folgen nach sich ziehen könnte. Deshalb beantragte Gen. Franzke die Annahme der Magistratsvorlage, zumal die Arbeiterschaft ja bereit ist, den Schutz der Stadt zu übernehmen. Darauf erteilt Bürgermeister Gründlich das Wort und führte aus, es könne sich heute nicht mehr darum handeln, die in der Vorlage geforderten 5000 Mk. zu bewilligen, sondern es handele sich jetzt nur noch darum, an die Arbeiterschaft, welche nach dem Putsch die Wache gestellt hat, für die geleisteten Dienste eine Entschädigung zu zahlen, dafür seien ungefähr 1500 Mk. notwendig. Der Magistrat hatte vom Oberpräsidenten Hörsing zu Montag eine Einladung erhalten, um eine Aussprache über die Verstärkung der Polizei herbeizuführen. Bürgermeister Gründlich und Gen. Franzke waren dort, zufällig waren auch die Herrschaften vom Bürgerverein gerade an diesem Tage zum Oberpräsidenten gefahren. Hörsing erklärte, daß es nicht angängig sei, eine Verstärkung der Polizei aus der Bürgerschaft vorzunehmen; er sei aber bereit, eine Hundertschaft Sipo nach Sangerhausen zu entsenden. Weil die Regierung die Genehmigung zu der Verstärkung doch nicht erteilen werde, wünschten Bürgermeister Gründlich und Magistrat, daß die 1500 Mk. bewilligt würden. Gen. Kasparek als kommissarischer Landrat nahm das Wort zu einer kurzen, eindrucksvollen Ansprache, in der er besonders hervorhob, daß das Aktenmaterial über den Putsch in Sangerhausen vorliege, den Stadtverordneten stünde das Material zur Verfügung. Gen. Kasparek versprach, in Gemeinschaft mit den städtischen Behörden dafür zu sorgen, daß die Stadt drohenden Gefahren angewendet werden. Wenn wir wollen, daß die Putschgelüste der reaktionären Parteien zuschanden werden, müssen wir alle unsere Kraft aufwenden, um der Anstürmen Herr zu werden. Deshalb ist aber kein Militär nötig; im Gegenteil, wenn Militär nach Sangerhausen geholt würde, könnten leicht weitere Unruhen entstehen. Nun ersichten der deutschnationale Rechtsanwalt Gerst auf dem Plan, der in seiner flammenden Rede versuchte, den Charakter der Deutschnationalen Partei zu verwischen. Es sei unwahr, so behauptete er, daß seine Partei mit den Kappverbrechern und dem Bankräubern in Verbindung gestanden habe. Die Genossen Schröder und Franzke erwiderten den Herren Reaktionären trefflich an Hand umfangreichen Beweismaterials. Am 6. Juni wird die Arbeiterschaft der Reaktion die Quittung geben. Die Parteien, die fortwährend nach Arbeiterblut lechzen, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, verdienen am 6. Juni eine derartige Niederlage, daß es ihnen in Zukunft unmöglich ist, wiederum an Putsche zu denken. Die aus den Geldsackparteien hervorgegangenen reaktionären Offiziere tragen die Schuld an all dem Elend, der Not und dem Jammer, die über das deutsche Volk hereingebrochen sind. Die 1500 Mk. wurden schließlich von der Versammlung bewilligt. Außerdem wurde dem Bürgermeister Gründlich für sein Verhalten an dem kritischen Tage, dem 15. Mai, ein Vertrauensvotum gegen die Stimmen der Vertreter der Deutschnationalen Putschpartei ausgesprochen.

Sangerhausen. Aus der Partei. Am Sonntagabend werden von 8 Uhr an im Garten der Bierhalle die Wahlresultate verkündet. Die USP. hat Vorkehrungen getroffen, daß die Resultate aus allen Teilen Deutschlands bekanntgegeben werden können. — Vom Gomm a gingen ein für den Wahlfonds 69,90 Mk., der Ueberschuß von der Maifeier in Höhe von 21,56 Mk. und für die Opfer des Kapp-Verbrechens 30 Mk.; vom Arbeiterverein Leubingen 30 Mk.; von einer Versammlung in Leubingen 52,85 Mk.; von Rößleda 53 Mk. Von der Ortsgruppe Brücken wurden an den Wahlfonds abgeliefert 350 Mk., der Ueberschuß von der Maifeier 55 Mk. und die Eintrittsgelder von zwei Versammlungen sowie 381 Mk. für die Opfer des Kapp-Putsches, ein erfreuliches Zeichen von

Kandidaten der USPD.

für den Wahlbezirk Halle-Merseburg

sind:

Kunert, Fritz, Schriftsteller, Berlin
Koenen, Wilhelm, Redakteur, Halle
Düwell, Bernhard, Redakteur, Berlin
Raute, Gustav, Zigarrenfabrikant, Eilenburg
Wackwitz, Marie, Parteisekretärin, Weißenfels
Saupe, Paul, Landarbeiter, Zeitz
König, Otto, Bergarbeiter, Unterröblingen
Hildebrandt, Julius, Parteisekretär, Halle
Hübler, Anna, Hausfrau, Schkeuditz
Kürbs, Karl, Metallarbeiter, Halle
Krüger, Hedwig, Schneiderin, Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0005

Opfermut der Arbeiterschaft. Leider reichen die Mittel noch lange nicht aus, um den Wahlkampf so großzügig führen zu können wie die Regierungsparteien und die Parteien der Besitzenden. Die ersteren haben bekanntlich von der Regierung 10 Millionen Mk. zur Propaganda für ihre Koalitionspolitik erhalten. Die anderen verfügen über Millionen und aber Millionen, die sie aus den Knochen der arbeitenden Bevölkerung herausgeschunden haben und nun im Wahlkampfe verwenden zur Verdummung der Arbeiterschaft. Diese ist zur Führung ihrer Kämpfe auf sich selbst angewiesen; sie wird den Gegnern beweisen, daß sie den Kampf erfolgreich zu führen versteht. Arbeiter, Parteigenossen, sammelt fleißig, unterstützt eure Partei und eure Klasse im Kampfe gegen die Feinde.

Bitterfeld. Das Mitglied der KAPD. Plettner, der sich vor einigen Monaten durch einen kühnen Sprung aus dem fahrenden Eisenbahnzug den Begleitmannschaften, die ihn ins Gefängnis abführen wollten, entzog, ist jetzt erneut hier in Bitterfeld verhaftet worden.

Wittenberg. Das große Los der Preußischen Klassenlotterie ist nach Wittenberg in die Kollekte von König gefallen; der Hauptgewinn von 500 000 Mk. fiel nämlich auf die Nr. 233 441, die hier in Wittenberg, allerdings in der Hauptsache von Geschäftsleuten, gespielt wird.

Torgau. Ueber die Torgauer Rechtssozialisten urteilt eine bürgerliche Zeitung, das Wittenberger Tageblatt, gelegentlich einer Versammlung der deutschnationalen Putschpartei wie folgt: „An der Aussprache nahmen u. a. auch Mehrheitssozialisten und Unabhängige teil; dabei konnte man feststellen, daß die Redner der Mehrheitssozialisten anscheinend aus Nervosität vor den kommenden Wahlen schroffer und unsachlicher auftraten als der Führer der USP.“ Der Berichterstatter scheint uns das Richtige getroffen zu haben.

Eilenburg. Am Bahnhofe beschlagnahmt und der städt. Lebensmittelstelle zugeführt wurden 52 Pfund Schweinefleisch, die nach Leipzig verschoben werden sollten. Wie die Nahrungsmittelstelle mitteilt, wird das Fleisch zur Wurstfabrikation verwendet werden. Ebenfalls beschlagnahmt wurden am vergangenen Montag am hiesigen Bahnhofe (Güterabfertigung) 15 Leberwürste und 25 Blutwürste im Gesamtgewicht von 25 Pfund, die auf Lebensmittelkarte Nr. 306 am 2. Juni ausgegeben werden, und 11 Pfund Schmeer, sowie vier Pfund Fett, welche zur Wurst mitverarbeitet werden sollen.

Merseburg. Ein doppelter Kindesmord wurde hier aufgedeckt. Am 4. Mai vorigen Jahres starb plötzlich das 14 Monate alte Söhnchen des in Weißenfels beschäftigten, unverehelichten Dienstmädchens Alma Blaschke. In der letzten Mittwochnacht starb ebenso plötzlich das sechs Monate alte Mädchen derselben unverehelichten Blaschke, worauf eine Frau Verdacht schöpfte, den sie der Polizei mitteilte. Die Polizei schritt darauf zur Verhaftung des Dienstmädchens, das eingestand, die beiden Kinder ermordet zu haben, indem sie ihnen jedesmal ein Tuch in den Mund steckte und dadurch ihr Ersticken herbeiführte. Die Mörderin ist 21 Jahre alt und will das Verbrechen aus Not begangen haben, da sie ihren Lebensunterhalt und den der Kinder nur von dem Verdienst ihrer Stellung fristete, und die Väter der Kinder keine Alimente für sie bezahlten. Das gewiß verurteilenswerte Verbrechen ist gleichzeitig eine schwere Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung, in der die uneheliche Mutter, verachtet und verstoßen, der wirtschaftlichen Not ausgesetzt wird, bis sie keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die Bahn des Verbrechens zu beschreiten.

Magdeburg. Die Verhandlungen mit den streikenden Landarbeitern dauern noch an; sie gestalten sich deshalb äußerst schwierig, weil die Agrarier unter keinen Umständen die berechtigten Forderungen der Landarbeiter bewilligen wollen, während die Landarbeiter ihrerseits gewillt sind, sich unbedingt eine bessere Bezahlung ihrer schweren Arbeit zu erkämpfen. Die landwirtschaftlichen Unternehmer arbeiten wieder mit dem beliebten Mittel, daß sie von einem wilden Streik reden und behaupten, der Streik bedeute einen glatten Tarifbruch; solch einfältiger Vorwand verfängt allerdings bei dem einsichtigen Teil der Bevölkerung nicht mehr. Traurig ist nur, daß auch Leute, die sich als Arbeitervertreter fühlen, mit der kläglichen Ausrede des Tarifbruches operieren, um sich von der Verpflichtung, dem Unternehmertum gegenüber die Interessen des arbeitenden Volkes nachdrücklichst zu vertreten, drücken zu können. So hat es nämlich der rechtssozialistische Landrat des Kreises Kalbe, ein Herr Bergemann gemacht, der die bei ihm nachgesuchte Vermittlung unter der oben angegebenen „Begründung“ abgelehnt hat. Die Landarbeiter, die im Bezirk Magdeburg bisher leider noch zum Teil im sozialpatriotischen Sumpf wateten, werden aus solchem Verhalten ihres Vertreters die entsprechende Lehre ziehen müssen; am 6. Juni haben sie Gelegenheit, mit dieser Sorte „Arbeitervertreter“ abzurechnen.

Gewerkschaftliches.

Generalstreiksdrohung in Norwegen.

Christiania, 2. Juni. Die Vertreterschaft der Gewerkschaftsorganisationen protestierte in einer einstimmig angenommenen Entschließung dagegen, daß das Schiedsgerichtsgesetz anläßlich der Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter mit Bezug auf die Tarifrevision angewandt wird. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, energisch gegen dieses Gesetz zu arbeiten. Falls ihre Maßnahmen erfolglos bleiben würden, soll das Sekretariat der Landesorganisation aufgefordert werden, den Generalstreik zu erklären.

Vor dem Generalstreik der Bankbeamten.

Berlin, 1. Juni. Beide Bankbeamten-Organisationen: Der Allgemeine Verband und der Deutsche Bankbeamtenverein haben beschlossen, den Angestellten den Eintritt in den Streik zu empfehlen. Die Entscheidung soll in einer nochmaligen Abstimmung heute fallen. Bei entsprechender Mehrheit für den Streik wird dieser am Freitag beginnen. Das Reichsarbeitsministerium soll nochmals am Donnerstag versuchen, durch Verhandlungen in letzter Stunde eine gütliche Einigung herbeizuführen.

Allerlei.

Räuberischer Ueberfall auf ein Rittergut.

Aufsehen erregt nach der Voss. Ztg. in Italien die Verhaftung zahlreicher Beamter, die beschuldigt werden, durch Verschleiß von Waren, die für Flüchtlinge bestimmt waren, Hunderte von Millionen unterschlagen zu haben. Darunter sind auch Stoffe von Waren, die seinerzeit von der italienischen Regierung auf den im Hafen von Neapel liegenden deutschen Schiffen beschlagnahmt und von den Verhafteten zu Schleuderpreisen vertrieben worden sein sollen. Unter den Verhafteten ist ein Abteilungschef im Ministerium des Innern.

Das Ministerium beschloß eine Untersuchung über die Kriegsausgaben einzuleiten. Man nimmt an, daß die Lieferanten bis zu 50 v. H. Ueberpreise gemacht haben.

Korruption und Schiebertum überall!

Nach Mitteilung des Staatssekretärs für öffentliche Sicherheit ist in der Nacht vom 28. zum 29. Mai das Rittergut Rutzel in Pommern durch eine bewaffnete Bande überfallen worden, welche die hinzukommenden Beamten erschoß und dann unter Mitnahme von geraubtem Geld unerkannt verschwand.

Deutsch-irischer Handelsverkehr. Haag, 2. Juni. In der letzten Zeit werden lebhafte Versuche gemacht, über Holland den Warenverkehr zwischen Deutschland und Irland wieder in die Wege zu leiten.

Millionen

haben die Kapitalisten auch diesmal wieder den bürgerlichen Parteien zur Durchführung der Reichstagswahlen gespendet. Wo stammen diese Riesensummen her?

Aus den Knochen der Arbeiter

hat man sie gepreßt, aus den Kriegsgewinnen, aus den Schleichhandels-, Wucher- und Schiebergeschäften.

Wozu sollen diese Millionen dienen?

Sie sollen auch hier guten **Profit** bringen in Form von Wählerstimmen.

An Zahl sind die Volksbetrüger sehr gering,

aber ihnen gehört der größte Teil des Nationalvermögens, Grund und Boden, Fabriken und Bergwerke, Maschinen, Rohstoffe und Transportmittel. Ihnen gehört damit auch der

Ertrag der Arbeit von Millionen Hand- und Kopfarbeitern.

Proletarier und Proletarierinnen!

Ihr verratet euch selbst, wenn ihr den bürgerlichen Parteien der Großgrundbesitzer, Millionäre und Milliardäre, Kriegshetzer und Ausbeuter und deren Helfershelfern eure Stimme gebt. Vertreterin eurer Interessen ist nur

die USPD.

Wählt daher am 6. Juni die Liste

Kunert-Koenen-Düwell.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. Juni 1920.

Los von der Antisemitenwirtschaft.

In den letzten Tagen vor der Wahl hat die Judenhetze, das Stimmenfangmittel der Deutschnationalen, eine unglaubliche Ausdehnung angenommen. Der Geist Knüppel-Kunzes hat die Wahlplakate der Reaktionären befruchtet, und erzeugt wurde eine Spottgeburt von Schmutz, Lüge und faustdicker Verleumdung. Wir wollen gegenüber dieser Schlammflut folgende Frage stellen:

War Helfferich ein Jude, der die deutschen Finanzen während des Krieges durch leichtfertige und verblendete Pump-Politik ruinierte? — Nein, er steht an der Spitze der Wahlliste der deutschnationalen Volkspartei in Hannover! Wer sich also über die 97 Milliarden Kriegsanleiheschulden freut, der wähle deutschnational!

War Wilhelm ein Jude, der durch seinen verbrecherischen Größenwahnsinn das deutsche Volk in ein Meer von Blut und Tränen gestürzt und sich davongemacht hat, als die Folgen seines Wahnsinns sich zeigten? — Nein, er war „der sieghafte Heldenkaiser“, dem die Deutschnationalen, die Vaterlandsparteiler, die Gewaltpolitiker, die Junker und Schlotbarone zujubelten!

Ist Stinnes ein Jude, der durch Ausbeutung der Arbeiterschaft eine Milliarde Kriegsgewinne sich zusammengeschachert hat und der jetzt — auch eine Illustration zur angeblich jüdischen Presseherrschaft — 64 deutsche Zeitungen aus seinem Bestechungsfonds gekauft hat! Nein, Stinnes ist Reichstagskandidat der Deutschen Volkspartei, der Partei der Industriebarone und der kapitalistischen Ausbeuter, derselben Partei, die, obwohl der Jude Jakob Riesser mit an ihrer Spitze steht, sich an der antisemitischen Hetze beteiligt.

Sind die Großagrarier Juden, diese Herrschaften, die den Rachen nie voll genug bekommen können, die uns das Brot, die uns Kartoffeln verteuert haben, die dem arbeitenden Volke in ihrer Unersättlichkeit eine Hungerblockade auferlegen, um ihren Geldsack zu füllen? — Nein, das sind die Geldgeber der Deutschnationalen Volkspartei, es sind die „Edlen“ der Nation, die ostelbischen „Germanen“ slawischer Abstammung, welche das Volk auf den Juden hetzen wollen, um ihre eigenen Sünden vergessen zu machen.

Wir könnten die Liste noch beliebig verlängern, und damit immer wieder dem Volke die alte Wahrheit zeigen, daß seine Ausbeuter, seine Unterdrücker, durchaus nicht nur unter dem einen Prozent von Juden, die in Deutschland leben, zu finden sind. Uebrigens wird auch die wüste Hetze bei der Hallischen Bevölkerung keinen Erfolg haben, wenn man die Lausejungen und die wüsten Schreier ausnimmt, welche die deutschnationalen Versammlungen füllen. Die Bevölkerung urteilt über das neueste Hetzplakat der Deutschnationalen gegen die Juden sehr abfällig. Ueberall freut man sich, wenn man die kleinen roten und gelben Zettelchen liest, die auf das Plakat geklebt sind und in denen es ganz treffend heißt: „Hier versuchen Kriegshetzer ihre Schuld auf andere abzuwälzen,“ oder noch treffender:

„Wer darauf fällt hinein,
Muß riesendämlich sein!“

Das wahre Gesicht des Garnisonkommandos.

Nur für den Dienstgebrauch bestimmt!

Entrüstet wandte sich nach den Märzkämpfen das Hallische Garnisonkommando gegen die Vorwürfe, die ihm von allen republikanischen Parteien wegen seiner verräterischen Haltung während der Kapp-Tage gemacht wurden. Sehr bald zeigte sich, daß im ehemaligen Offizierskasino in der Reilstraße durchaus kein neuer Geist eingezogen ist. Noch immer sind es die Vertreter der nackten Reaktion, die Hasser der Arbeiterschaft, welche dort das Szepter schwingen und hoffnungsfreudig auf den Tag warten, der ihnen wieder die ganze alte Herrlichkeit Ludendorffschen Militärglanzes um die Offiziersglatze legen soll.

Wenn es noch eines Beweises für diese allgemein bekannte Tatsache bedurft hätte, jetzt ist er geliefert. Der Wind, der seit jeher dem Volksblatt günstig war, wehte uns einen geheimen Bericht auf den Tisch, in dem eine Schilderung der Märztage, „nur für den Dienstgebrauch bestimmt“, vom Standpunkt der Militärkamarilla ausgegeben wird. Dieser Bericht zeigt, wem die Verteidigung der Republik in Halle übergeben worden ist. Wir veröffentlichen einige Bruchstücke aus dieser interessanten Darstellung.

Allgemeine Beurteilung der Lage.

Die Erhebung der revolutionären Arbeiterschaft war seit langem vorbereitet und wäre erfolgt, gleichgültig, ob Kapp-Lüttwitz die Regierung zu stürzen versuchte oder nicht — darüber muß man sich vollständig klar sein. Der Aufstand sollte ursprünglich gleichzeitig mit dem Einmarsch russischer bolschewistischer Truppen im Osten in Deutschland erfolgen. Hierdurch glaubten die Radikalen, die Reichswehr an die Ostgrenze gefesselt und im Innern freie Hand zur Durchführung ihrer Pläne, Sturz der Regierung und Ausrufung der Räterepublik nach russischem Muster, zu haben. Hierzu hatten die Kommunisten und Unabhängigen illegale Organisationen, die sich mit der Vorbereitung und Durchführung der notwendigen Maßnahmen beschäftigten, geschaffen. Es steht fest, daß die illegalen Organisationen sich mit Aufstellung von roten Arbeiterbataillonen listenmäßig nach Art der Einwohnerwehren beschäftigen, daß in den Listen der Mannschaften und Führer nach dem Grade und der Art ihrer Ausbildung aufgeführt wurden, die sich im Augenblick des Aufstandes zur Verfügung stellen sollten. Ferner war es ihre Aufgabe, für das revolutionäre Heer Waffen zu beschaffen. Die gewaltsame Entwaffnung der Einwohnerwehr zu diesem Zwecke war eine seit langem beabsichtigte und immer wieder angedeutete Maßnahme. Ferner wurden Waffen und Munition durch Verschiebungen aus Artillerie-Depots und Gewehrfabriken beschafft, abgesehen davon, daß seit der Novemberrevolution 1918 noch genug Waffen in den Händen der revolutionären Massen waren.

Ganz besonders kennzeichnete die bolschewistische Taktik, daß im Augenblick, wo die roten Truppen Mißerfolge hatten bzw. die Gegenseite Verstärkungen erhielt, Verhandlungen angeknüpft wurden in der Absicht, die Gegenseite hinzuhalten und zu zermürben. Dies war in Halle ganz besonders leicht, weil in der Achterkommission Parteigenossen der roten Truppen saßen.

Soviel Worte, soviel Lügen. Die Herrschaften wissen genau, daß an einen Aufstand der Arbeiter im März gar nicht zu denken war. Daß der Einmarsch der Bolschewisten, dieses blöde Ammenmärchen, wieder herhalten muß, zeigt, wie tief das Garnisonkommando die Intelligenz seiner Offiziere einschätzt. Oder soll der Bericht nur eine Art Leitfaden für die Offiziere sein, wie man am besten die Mannschaften einreiht und aufhetzt?

Ebert gegen Ebert.

Bei der Oberpostdirektion wurde die Ueberwachung des Fernsprech- und Telegrammverkehrs erbeten, soweit er Aufforderung zum Streik zum Gegenstand hatte, die durch Erlaß des Reichspräsidenten Ebert in seiner Verordnung vom 13. Januar 1920 über den Ausnahmezustand verboten war. Diese Verfügung des Reichspräsidenten war nicht aufgehoben; der Aufruf der sozialistischen Mitglieder der Regierung zum Generalstreik konnte nicht als Verfügung angesehen werden, da eine dienstliche Anweisung hierüber nicht vorlag und eine Nachprüfung der Richtigkeit des von privater Seite dem Garnisonkommando zugestellten Aufrufs nicht möglich war.

Maerckers Verrat.

Um 5 Uhr nachmittags traf aus Weimar eine telephonische Mitteilung ein mit folgendem Inhalt:

„Alte Regierung ist zurückgetreten, neue Regierung ist da. Reichswehr steht hinter dieser Regierung (Maercker). Bestimmte Anweisungen sind von der neuen Regierung noch nicht gekommen, deshalb auch noch nicht vom Wehrkreis. Reichswehrbrigade 16.“

Telegramm aus Weimar vom 14. März 1920, ab 6.30 Uhr vormittags. „Der Wehrkreisbefehlshaber hat befohlen, daß in den Unterstellungsverhältnissen der Reichswehr nichts geändert ist, daß die Brigade dem Wehrminister der neuen Regierung, General v. Lüttwitz, folgt. General Maercker hat mich mit der vollziehenden Gewalt im Brigadebezirk beauftragt. Ruhe und Ordnung sind unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Der Fortgang des Wirtschaftslebens ist zu sichern.“

Nicht ohne Bedeutung für die Auffassung der ganzen Lage ist ein Telegramm folgenden Inhalts:

Die Militärbefehlshaber haben in den einzelnen Freistaaten die vollziehende Gewalt zu übernehmen und die Regierung zu fragen, ob sie sich unter die neue Regierung stellen. Erklärung ist binnen zwei Stunden zu geben. Weigern sie sich, so sind sie durch den militärischen Befehlshaber abzusetzen. Reichskanzler Dr. Kapp. Mil. Oberbefehlshaber v. Lüttwitz, R.-W.-Gr. I Nr. Ia 16 255.

Aus diesem Wehrkreis IV (General Maercker) und Reichswehrbrigade 16 geleiteten Befehl wurde aufs neue geschlossen, daß General Maercker das Kabinett Kapp unterstütze, eine Annahme, die durch eine dienstliche Nachfrage am nächsten Vormittag vom Reichswehrgruppenkommando I bestätigt wurde.

Eine nochmalige dienstliche Anfrage beim Reichswehrgruppenkommando I in Berlin, ob General Maercker den Befehlen des Generals Lüttwitz folge, wurde folgendermaßen beantwortet: „General Maercker ist hier in Berlin beim Reichswehrgruppenkommando. Der General hat sich rückhaltlos hinter Kapp-Lüttwitz gestellt.“

Die Opfer des Militarismus erheben ihre Stimme.

Zu einer wuchtigen Anklage gegen die Koalitionsregierung gestaltete sich die von der USP. für Mittwoch abend in den Volkspark einberufene Versammlung aller Kriegsopfer. Zahlreich waren sie erschienen, all die Verstümmelten, an Krücken und Stöcken, die Blinden und Kranken und Witwen der Gefallenen, um gegen ihre Notlage in aller Oeffentlichkeit Protest zu erheben. An Stelle des Genossen Bowitzky sprach Genosse Paul Wegmann von der Rätezentrale Berlin über die Ursache der großen Notlage der Kriegsopfer. Er wies aber auch klar und deutlich den Weg, der allein aus diesem Elend herausführen kann und erntete für seine scharfumrissenen, formvollendeten Ausführungen reichen Beifall aller Versammelten. Er führte ungefähr folgendes aus:

Die Deutschnationalen, die am jetzigen Elend schuld sind, hetzen schon wieder zum Kriege. Man greift zu den brutalsten Mitteln, um wieder zur Macht zu gelangen. So inszenieren die Reaktionäre in gewissenloser Weise ganz planmäßig mit Hilfe der Spitzel die sogenannten „Linksputsche“, um dann die Arbeiterschaft militärisch niederzuschlagen. Wenn die Kriegsbeschädigten heute in so furchtbarer Lage leben, daß man über sie, die bettelnd in Berlin auf den Straßen sitzen, stolpert und wenn man auf der anderen Seite sieht, wie gut es den Offizieren geht und an jenes Wort: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß,“ oder: „Ich werde euch herrlichen Zeiten entgegenführen,“ denkt, so kann man nicht begreifen, daß es noch Deutsche gibt, die den Versprechen der Deutschnationalen, der Kriegshetzer, glauben. Alles, was die Rechtsparteien sagen, ist Lüge. Nur die Judenhetze ist aufrichtig. Aber sie ist nur Ablenkungsmittel, sie schreien: „Haltet den Dieb,“ um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Man will zum Pogrom aufhetzen, um dann im Chaos „rettend“ einzugreifen und neben den Juden auch die Arbeiterschaft niederzuschlagen. **Gerade die Kriegsbeschädigten haben den größten Anlaß, diese Parteien, die ja ihr Elend verschuldet haben, zu bekämpfen.**

So habe es sich in den Märztagen beim Kapp-Putsch gezeigt, daß schwerkranke Kriegsbeschädigte aus den Lazaretten herausgeworfen wurden, damit für die verwundeten Nosketen Platz geschafft wurde. Das beweist, was man von jenen Parteien zu erwarten habe, wenn sie zur Regierung kämen. Die Urteile der Kriegsgerichte im Ruhrrevier zeigen, wer schon heute in Deutschland das Ruder in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0006

der Hand habe. Und schuld an diesen Zuständen sei die rechtssozialistische Partei mit Noske an der Spitze, die den Militaristen wieder die Macht in die Hand gespielt habe. Eingehend geißelte der Redner das fluchwürdige System Noskes, der die Zustände, in denen wir leben, heraufbeschworen habe. Wenn wir wirklich zur Wahl kommen, so müssen wir doch hinterher mit einem Putsch rechnen. Die Kriegsbeschädigten müßten deshalb eine geschlossene Front bilden, um gegen diese Angriffe standhalten zu können. Es gebe nur eine Organisation, die für alle Kriegsbeschädigten in Betracht komme, nämlich der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten. In allen Ländern haben die Kriegsbeschädigten dieselben Forderungen durchzusetzen, zumal der „Dank des Vaterlandes" überall so aussehe, wie in Deutschland. Ein Schlachten, wie es der letzte Krieg heraufbeschworen habe, könne nur durch die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft verhindert, der Kapitalismus nur durch die gesamte Organisierung der Arbeiterschaft gestürzt werden. Da wir vor den Wahlen stehen, müsse offen ausgesprochen werden, daß auch der neue Reichstag keine gründliche Aenderung schaffen kann, so lange die Militaristen die Macht in der Hand haben. Deshalb könne nur die Diktatur des Proletariats Befreiung bringen, und durch diese werden wir erst zur wahren Demokratie kommen. Trotzdem sei es nötig, am 6. Juni zu wählen, schon deshalb, um dem Bürgertum zu zeigen, daß nicht eine kleine Minderheit, sondern eine große Mehrheit hinter der USP. steht. Das wird die Weltrevolution schneller vorwärtstreiben. Dann werden auch alle Kriegsbeschädigten ihre berechtigten Ansprüche stellen können und besseren Zeiten entgegengehen. (Lebh. Beifall.)

In der Diskussion schilderte der Obervertrauensmann der Hallischen Lazarettinsassen die traurige Lage seiner Kameraden in den hiesigen Lazaretten. In Halle habe acht Tage vor dem Kapp-Putsch der Generalarzt Gröner angeordnet, daß die Lazarettinsassen die Offiziere der Reichswehr grüßen sollten. (Pfui!) Das Essen in den Hallischen Lazaretten sei unter aller Kritik. Dagegen seien die Soldaten der Reichswehr mit Liebesgaben aus den Kasernen überschüttet worden. Es heiße immer, das neue Versorgungsgesetz sei in Bearbeitung. Aber wenn wir darauf warten wollen, können wir verhungern. Jeder Kriegsbeschädigte müsse dafür sorgen, daß die reaktionären Elemente verschwinden, indem er am 6. Juni der USP. seine Stimme gibt. — Kamerad Fiedler vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten forderte eine Einheitsfront aller Kriegsbeschädigten, die allein eine Besserung der traurigen Lage der Kriegsopfer bringen könne. Einige Lazarettinsassen schilderten das krasse Elend, das in den Hallischen Lazaretten herrsche, wo die 50 Beamten, die Inspektoren, Zahlmeister usw. monatlich 800 bis 1000 Mk. beziehen, während man den armen, halbverhungerten Kriegsopfern jeden Pfennig abziehe.

In seinem Schlußwort wies Genosse Wegmann darauf hin, daß die Unabhängige Sozialdemokratie bereits in der Nationalversammlung mehrmals für die Gleichstellung der Löhnung und Verpflegung der Lazarettinsassen mit der Reichswehr eingetreten sei. In klaren, scharfumrissenen Worten rechnete der Redner nochmals mit der Politik der Rechtssozialisten ab. Für uns bestehe eine klare Trennungslinie. Hie Sozialismus, hie Kapitalismus könne es nur heißen. Und er könne nicht umhin, auch die SPD., die dem Kapitalismus helfe, zu den bürgerlichen Parteien zu rechnen. Redner schloß mit der Aufforderung, die Kriegsbeschädigten sollten ihre Kinder zur wahren Religion der Menschlichkeit, zum Sozialismus, erziehen. An der geschlossenen Phalanx der Kriegsbeschädigten müsse sich die Reaktion die Köpfe einrennen. Jeder einzelne müsse nicht nur am 6. Juni für die USP. durch seine Stimme eintreten, sondern auch durch die Tat beweisen, daß er gewillt ist, ein Vorkämpfer des Sozialismus zu werden. (Beifall.)

Die Waffensendungen der Landwirtschaftskammer.

Wir erhalten folgende Zuschrift vom Betriebsrat der Zentralankaufsstelle der Landwirtschaftskammer auf den Artikel hin, den wir in Nr. 123 veröffentlichten:

„Um dem Wildererunwesen und den immer mehr zunehmenden Forstfreveln mit Nachdruck begegnen zu können, wurden zur Ausrüstung von Revierförstern von der Landwirtschaftskammer auf Ersuchen des Waldbesitzerverbandes und auf Veranlassung des Reichsschatzministeriums vom 6. 11. 19 (Akt.-Z. 335 439 II a Krieg) vom Reichsverwertungsamt 198 Karabiner lt. Frachtbrief angefordert. Die Verteilung derselben wurde der Zentralankaufsstelle als Institut der Kammer, da dortselbst die besseren Versandmöglichkeiten vorlagen, überwiesen. Die Aufbewahrung erfolgte in einem Schuppen der Artilleriekaserne. Die Karabiner wurden an einzelne Forstbeamte, die einen Ausweis von dem Waldbesitzerverband vorzeigten, ausgehändigt. Der besseren Verteilung wegen sollten am fraglichen Tage an unsere Filialen Halberstadt, Neuhaldensleben und Nordhausen 128 Karabiner, in vier Kisten verpackt, abgesandt werden, damit dieselben von den in der dortigen Gegend wohnenden Forstbeamten abgeholt werden konnten. Es ist also nicht wahr, daß 100 Gewehre und 800 Karabiner in den Kisten gefunden worden sind, sondern, wie schon angegeben, nur 128 Karabiner. Des weiteren ist unwahr, daß die ZA. überhaupt jemals vorher mit Waffen gehandelt hat; dagegen ist es wahr, daß der Rest von 70 Karabinern an die Forstbeamten der hiesigen Umgegend abgegeben worden ist und noch abgegeben werden sollte. Zu der Waffensendung wurden, wie üblich, unsere normal gestempelten Frachtbriefe verwendet mit dem Ausdruck „Landwirtschaftliche Bedarfsartikel". Es war keinesfalls beabsichtigt, dadurch eine Verschleierung von einer Waffenverschiebung vorzunehmen, denn dazu lag kein Grund vor. Der Betriebsrat erklärt ferner, daß der Zentralankaufsstelle vom Artilleriedepot ein Schuppen vor zirka 12 Wochen vorläufig ohne Abschluß eines formellen Mietvertrages überlassen wurde, wovon die eine Seite mit landwirtschaftlichen Maschinen belegt wurde, dagegen hat bis heute die Artillerie ihrerseits die andere Hälfte von den in dem Artikel angeführten Gegenständen, wie Handgranaten, Maschinengewehrschlitten, Motorräder, Sprengkapseln und unzählige vernagelte Kisten wegen Platzmangels nicht räumen können. Der Betriebsrat hat außerdem in der Landwirtschaftskammer selbst den hierüber sich befindenden Schriftwechsel eingesehen und kann nochmals bestätigen, daß der Vorgang ganz harmloser Natur ist und auf Wahrheit beruht."

Wir freuen uns, wenn sich herausstellt, daß die ganze Waffengeschichte wirklich so harmlos ist. Leider sehen wir nicht so rosig wie der Betriebsrat, und raten ihm, seine Aufgabe darin zu erblicken, den Herrschaften der Landwirtschaftskammer auf die Finger zu sehen.

---

* **Holzarbeiter aller Branchen!** Morgen, Freitag, nachmittag 4½ Uhr findet im Volkspark (großer Saal) eine große öffentliche Versammlung statt. (Siehe Inserat.) Wir ersuchen an dieser Stelle auch die Frauen und alle wahlberechtigten Söhne und Töchter der Holzarbeiter, in dieser wichtigen Versammlung vollzählig zu erscheinen.

* **Gemeindearbeiter.** Auf die heute abend im Volkspark stattfindende Versammlung weisen wir besonders hin.

* **Sozialistische Proletarierjugend. Monatsprogramm für Juni:** Freitag, den 4., Mitgliederversammlung. Dienstag, den 8., Handarbeitsabend (Vortrag des Genossen Bräuer). Freitag, den 11., Vortrag vom Gen. Türke. Sonntag, den 13., Tagestour. Gruppenwandern. Dienstag, den 15., Vortrag vom Jugendgen. Ebeling. Freitag, den 18., Liederabend. Sonntag, den 20., Tagestour nach Kloschwitz. Dienstag, den 22., literarischer Abend. Freitag, den 25., Vortrag. Sonntag, den 27., Nachmittagswanderung. Dienstag, den 29., Mitgliederversammlung. — Jeden Mittwochabend Spielen auf der Peißnitzwiese. Zu den Handarbeitsabenden wollen die Genossinnen Nähzeug mitbringen. Sämtliche Veranstaltungen fangen pünktlich ½8 Uhr an. Das Rauchen ist während derselben strengstens untersagt. Jugendgenossinnen und -genossen! Zeigt Interesse an eurer Organisation; unterstützt sie durch regen Besuch unserer Abende. Werbt neue Anhänger unserer Sache.

* **Rentenempfänger und Wohnungswechsel.** Da durch den Wegfall der militärischen Kontrolle auch die Rentenempfänger zu einer Anzeige des Wechsels ihres Wohnortes nicht mehr verpflichtet sind, tritt sehr häufig der Fall ein, daß die Bearbeitung und sonstige Erledigung von Verordnungs- usw. Anträgen durch Wohnungswechsel verzögert wird. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß es im eigensten Interesse der Rentenempfänger liegt, wenn sie die vor dem Wechsel zuständige Versorgungsstelle unter Angabe des zukünftigen Aufenthaltsortes von ihrem Umzug sofort benachrichtigen und wenn sie ferner die nunmehr in Betracht kommende Versorgungsstelle von dem erfolgten Zuzug in Kenntnis setzen.

* **Kinderwanderung.** Da mußte wohl dem Menschen das Herz im Leibe lachen! Die Naturfreunde hatten eine Kinderwanderung veranstaltet. Fabelhaft war die Beteiligung, denn an 300 Kinder hatten sich eingefunden. Geschlossen wurde mit Musik und Gesang zur Stadt hinausmarschiert. Draußen ging es dann in Gruppen durch Felder und Auen nach Rattmannsdorf. Gut im Zug hatten die Führer ihr Völkchen. Da ward kein Kornhalm gepflückt, keine Wiese zertrampelt. Eine gar lustige Balgerei entwickelte sich um die Kirschen, die etliche Naturfreunde verteilten. In Rattmannsdorf lagerte sich alles in zwangloser Weise unter Weiden und Obstbäumen im grünen Grase. Nachdem der erste Hunger gestillt, hub n lustig Singen und Tanzen an. Ab und zu frischte der Himmel durch einige „Huschen" die Gesellschaft wieder auf. Und Mittags: Die Stadtväter hatten wirklich sich von ihrer guten Seite gezeigt und 30 Pfund Reis gespendet! Ach, ihr Herren! „Was ist das unter so vielen." Wieder schien der Brei dünn zu geraten, da kamen aber schon als Helfer in der Not zwei Eimer Haferflocken, die die Naturfreunde beim Bauer „gehamstert" hatten. Nun ging mit Hilfe des Zuckers, den sich die Kinder mitgebracht hatten, die Sache schon eher, und es gelang wenigstens, die hungrigen Schnäbel für ein Weilchen zu stoppen. Vielleicht wäre da eine Hilfe der Stadt wirklich am rechten Flecke, und für eine richtige selbstlose Verteilung war hier Sorge getragen. Aber nach dem Essen! So ein ausgelassenes frohes Kinderlachen haben wohl die Rattmannsdörfer noch nicht gehört. Der Elefant mit dem gefährlichen Rüssel war auch zu putzig, und reiten konnten auch immer gleich zwei miteinander. Die ganze kleine Gesellschaft prustete vor Vergnügen. Jedenfalls haben es die Naturfreunde so richtig verstanden, sich die Kinderherzen zu erobern. Was Wunder, daß sich der ganze Chor andauernd nach der nächsten Wanderung erkundigte. Die Naturfreunde haben sich wirklich ein Stück sonniger Jugend bewahrt und verstehen daher auch die Kinder aufs allerbeste. Nur schade, das dicke Ende kam nach! Es goß aus Eimern. Die drohenden Wolken erwischten die Schar beim Eierweg und pitschepatschenaß kam alles in der Stadt an. Bedauernde Worte hörteman allenthalben aus den Fenstern heraus. Etliche Spießer waren vielleicht entsetzt, als dann die ganze Schar in übermütiger Laune loslegte: „Nur immer lustig Blut und heit'rer Sinn, fort ist fort und hin ist hin!" Dann aber trennte sich alles, um hoffentlich bald wieder auszufliegen.

* **Wohnungsbeschlagnahme und Rechtsweg.** Amtlich wird gemeldet: Die wiederholt aufgeworfene Frage, ob die auf Grund der Wohnungsmangelverordnung von den Gemeindebehörden ergriffenen Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels (Wohnungsrationierung, Wohnungsbeschlagnahme) durch Anrufen ordentlicher Gerichte angefochten werden können, ist nunmehr vom Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten durch ein am 29. Mai in Sachen einer Wohnungsbeschlagnahme in Northeim in Hannover ergangenes Urteil dahin entschieden worden, daß der Rechtsweg für unzulässig erklärt wird. Damit ist auch in dieser Richtung bezüglich der Wohnungsbeschlagnahme Klarheit geschaffen. — Hoffentlich wird das hiesige Wohnungsamt diese Rechtslage nun auch ausnützen. Keineswegs kann man sich künftig mit der Ausrede drücken, die gesetzlichen Bestimmungen erlaubten es nicht, die Villen mit Zwangseinquartierung zu belegen.

* **Die Hausangestellten wollen keine Sklaven sein!** Die Hausangestellten hatten sich gestern abend in stattlicher Zahl im Volkspark zusammengefunden, um ebenfalls Stellung zum Wahlkampf zu nehmen. Die Rednerin, Genossin Binner, wies einleitend darauf hin, daß die Hausangestellten meist den Einflüssen des öffentlichen Lebens entzogen seien. Dabei hätten gerade diese Angestellten alle Ursache, sich um das öffentliche Leben zu kümmern; denn wenn sie sich nicht endlich rühren, dann werde man sicher auch den Versuch machen, die Gesindeordnung wieder einzuführen. Eingehend behandelte Rednerin die Stellung der USP. zur Frauenfrage und fand damit großen Beifall der Hausangestellten. Da gerade die USP. Vorkämpferin für die Befreiung der Frau und für Gleichberechtigung der Frau sei, so müsse jedes im Haushalt angestellte Mädchen bei der Wahl für die Liste Kunert eintreten. — Genosse Hildebrandt gab zu dem Vortrag der Genossin Binner noch einige erläuternde Ergänzungen. — In der Debatte wurden besonders krasse Fälle aus dem Dienstbotenleben von den Anwesenden vorgetragen. So war in der Franckestraße ein Mädchen beim Fensterputzen vom dritten Stockwerk heruntergefallen und schwer verletzt in die Klinik geschafft worden. Hier versuchte die gnädige Frau dann alles, um die Schwerkranke in ihre Wohnung zu bekommen und so die Unkosten zu sparen, so daß sie schließlich von den Pflegerinnen wegen ihrer Aufdringlichkeit aus der Anstalt gewiesen wurde. Die Dame weigerte sich dann, zu den üblichen Besuchszeiten ins Krankenhaus zu kommen, da sie mit dem Plebs nicht zusammen sein wolle. Dieser krasse Falle sei ein Beweis, wie die Angestellten nur Ausbeutungsobjekt ihrer Herrschaft seien. Deshalb müsse jede Angestellte, die für die Befreiung ihrer Geschlechtsgenossinnen eintrete, am 6. Juni für die Liste Kunert eintreten. Hausangestellte, laßt euch nicht von eurer Dienstherrschaft einfach einen Stimmzettel in die Hand drücken, wählt nicht gegen eure eigenen Interessen!

* **Die Generalprobe.** Der Aufruf unserer Partei an die Arbeiterschaft des Bezirks, den Tag vor der Wahl zu einer großen Wählerdemonstration für die USP. zu benutzen, hat die Hallesche Zeitung vollkommen irrsinnig gemacht. Das Junkerblatt sieht in dieser Demonstration natürlich die Vorbereitungen für den so sehnlichst erwünschten „Links"putsch. Diese Herrschaften gleichen einem vom Delirium tremens Befallenen, der überall weiße Mäuse sieht. Zur Beruhigung wollen wir der Halleschen Zeitung mitteilen, daß in der Stadt Halle die Demonstration gar nicht veranstaltet wird, nicht etwa, weil uns das Geschrei der Deutschnationalen daran verhinderte, sondern weil unsere Genossen am Vorabend der Wahl vollauf mit der so notwendigen Kleinarbeit beschäftigt sein werden. Das Junkerblatt hat also wieder gegen Windmühlenflügel gekämpft!

* **Zur Fleisch- und Fettversorgung wird uns vom Arbeiterrat geschrieben:** „Die Zuschrift, welche das Volksblatt in Nr. 123 unter der Spitzmarke „Ein köstlicher Pfingstbraten" veröffentlichte, bedarf in manchen Dingen näherer Erläuterung. Daß das Fleisch zum Teil halbverdorben war, trifft zu, das fällt jedoch den Fleischern nicht zur Last. Ferner gebietet es die Gerechtigkeit, den Verdienst der Fleischer richtig anzugeben. Die Spannung beim Verdienst am Fleisch beträgt für das Pfund 1,20 Mk. Wenn man Verluste rechnet, reduziert dieser Gewinn sich noch bedeutend. Durchaus übertrieben ist auch die Behauptung des Einsenders, daß die Fleischer 4 Mk. am Fett verdienten. Das Fett ist unter Kontrolle des Arbeiterrates gekauft und die Preiskalkulation ebenfalls vom Arbeiterrat geprüft worden. 4 Mark Verdienst wird nicht entfernt erreicht." — Wir nehmen gern davon Notiz, daß an Fleisch- und Fettwucher nicht zu denken ist. Zumindest sollte aber dafür gesorgt werden, daß das rationierte Fleisch sich in besserer Beschaffenheit befindet, als am Pfingstsonnabend.

* **Hallischer Lehrerverein.** Die Versammlung am 1. Juni besprach das Thema: Kreisschulinspektion und städt. Schulverwaltung. Kollege Ebert legte die Gründe dar, die für und wider eine Trennung der beiden Aemter des Stadtschulrats und des Kreisschulinspektors sprechen. Auf Grund seiner Ausführungen und einer eingehenden Debatte wurde folgende Entschließung angenommen: „Bis zu der späteren Regelung des Schulwesens durch die gesetzgebenden Körperschaften und der Neugestaltung der städt. Verwaltung hält der Hallische Lehrerverein die Vereinigung der Aemter des Stadtschulrats und des Kreisschulinspektors für erwünscht. Er hält jedoch die Anstellung fachmännischer Hilfsarbeiter aus den Kreisen der Lehrerschaftin der städt. Schulverwaltung für notwendig."

* **Beschlagnahmte Schleichhandelswaren.** In der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1920 sind durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Wucherstelle und die Eisenbahn-Ueberwachungsbeamten folgende im Schleichhandel erworbene Gegenstände beschlagnahmt worden: 1279 Pfund Margarine, 707 Pfund Schmalz, 10 Pfund Talg, 68 Pfund Hammelfleisch, 115 Pfund Kalbfleisch, 4247 Pfund Rindfleisch, 112 Pfund Schweinefleisch, 483 Pfund Wurst, 374 Pfund Speck und Schinken, 9261 Pfund Kartoffeln, 1184 Pfund Mehl, 100 Pfund Zucker, 30 Pfund Mohn, 4900 Stück Zigaretten, 238 Stück Seife, 300 Stück Kerzen. Die beschlagnahmten Nahrungsmittel wurden, soweit von den zuständigen Behörden nicht anderweit über sie verfügt war, dem Stadternährungsamt und dem Kriegsbrotausschuß hier überwiesen.

* **Wilhelm Roux, der hervorragende Anatom und Biologe, Direktor des Anatomischen Instituts an der Universität Halle, vollendet am 9. Juni sein 70. Lebensjahr.** Roux' Hauptwerk besteht in der Begründung der kausalen Morphologie, der „Entwicklungsmechanik". Dieser neuen biologischen Wissenschaft gab er ihr Ziel, ihr Programm und die Methoden.

* **Herr Karl Brockhaus, Ludwigstraße 26, ist durch einen Irrtum** in die Schandtafel für Milchfälscher geraten, die wir kürzlich veröffentlichten. Bei der Untersuchung, die die Polizeiverwaltung vornahm, wurde im Gegenteil festgestellt, daß Herr Brockhaus nicht gefälschte, sondern nur aufgerahmte Milch geliefert hat. Unter aufgerahmter Milch versteht man zeitweis stehengebliebene Milch, die nicht umgeschüttet ist und dadurch im Gegenteil noch fetthaltiger geworden ist.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr gelangt das Lustspiel Femina von Bossem und Soesmann zur Wiederholung. Freitag Der Bettelstudent, Sonnabend Das Dreimäderlhaus. Sonntag nachmittag wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen das Lustspiel Herrschaftlicher Diener gesucht gegeben, abends 7½ Uhr geht Meyerbeers Oper Die Afrikanerin in Szene. Montag Im Weißen Rößl. — Im Thaliatheater gelangt am Sonntag, den 6. Juni, abends 7½ Uhr, die Komödie Helden von Shaw durch das Stadttheater-Personal zur Aufführung.

* **Volkspark.** Dem vielseitigen Wunsche entsprechend, in unserem prächtigen Garten gute Konzerte zu veranstalten, wird am nächsten Sonnabend das verstärkte Philharmonische Orchester unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeisters Augustin ein Volkskonzert im Garten veranstalten. Das Programm ist gewählt und nur aus guten Stücken zusammengestellt, so daß den Besuchern einige genußreiche Stunden bevorstehen. Infolge der hohen Unkosten durch Löhne, erhöhte Preise, Steuern, muß vom Abhalten regelmäßiger Konzerte Abstand genommen werden, so daß ein guter Besuch des Konzerts empfohlen werden kann. Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im großen Saale bestimmt statt.

* **Einbruch.** In der Nacht zum 31. 5. 20 wurde in eine Lederfabrik eingebrochen und daraus Werte von 10 000 Mark gestohlen. Wer irgendwelche Angaben machen kann, wolle sich umgehend bei der Kriminalpolizei in Halle, Drehhauptstraße 4 (Zimmer 70 oder 71) melden. Belohnung bis 500 Mk. ist zugesichert. Vor Ankauf des Leders wird gewarnt.

Sozialdemokratischer Verein für Halle-Saalkreis (USP.).

An die Distriktsführer des Saalkreises!

Zur Abholung des Materials können die Genossen heute abend nach dem Parteisekretariat kommen. Wettin und Beesenlaublingen wird zugesandt.

Das Parteisekretariat.

Hühneraugen? Da hilft nur Kukirol das schnell und sicher wirkende Mittel. Auch geg. Hornhaut, Ballen u. Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2.50 Mark.
Jede bessere Drogerie führt Kukirol. 661

Jeder Arbeiter raucht **Chesterfield** und **Nebo**. Zigaretten-Tabak 50 gr 12 Mk.
Gebe auch größere Posten an Kantinen, Gastwirte u. Wiederverkäufer ab. 1413
Zigarren von 80 Pf. an, echter Nordhäuser Kautabak.
Emil Strahl, Leipziger Str. Nr. 19.
Tel. 2185. — Beachten Sie bitte mein Schaufenster.

Sämtl. Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Handtücher, reinleinen u. halbleinen, empfiehlt preiswert *663
Max Albert, Prinzenstraße 18.

Mode-Zeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

Sohlleder-Ausschnitt, Gummi-Absätze und -Ecken. *46
Lederhandlung, Brüderstr. 13.

Danksagung.

Sage allen Kollegen von Leuna und Halle, die meinem Manne während seiner Krankheit beistanden und ihm das letzte Geleit gaben, nochmals besten Dank.

Die trauernde Witwe Luise Güldenfuß. 1423

Familien-Nachrichten.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer unvergeßlichen Entschlafenen

Charlotte Krähnert

sagen wir allen, die ihren Sarg so überreich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unseren tiefgefühltesten Dank. Möge jeder vor gleichem Schicksal bewahrt bleiben. 1427

In unsagbarem Schmerz:
Familien Krähnert u. Pfeiffer.

Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, die unseren lieben Entschlafenen zur letzten Ruhe geleiteten und seinen Sarg so reichlich mit Blumen schmückten, unseren tiefgefühltesten Dank; besonders den Vertretern der Firma und der Arbeiterschaft von Wegelin & Hübner, dem Gesangverein Polyhymnia und dem Sozialdemokratischen Verein USPD.

Schönnewitz, den 2. Juni 1920. *657

Ww. Hommel geb. Baier.
Franz Hommel nebst Frau und Sohn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0007

Nach beendeter Inventuraufnahme veranstalten wir vom 4. bis 12. Juni

Eine billige Schuhwoche!

Die zum Verkauf gelangenden Schuhwaren sind ohne Rücksicht auf unseren Gestehungspreis **im Preise bedeutend herabgesetzt!** Wir bieten dem kaufenden Publikum Gelegenheit, seinen Bedarf an Fußbekleidung zu bedeutend verbilligten Preisen zu decken. Wir sind wegen Platzmangels nicht in der Lage, Artikel für Artikel aufzuführen. Als Beweis unserer Leistungsfähigkeit einige Beispiele:

Eleg. Damen-Spangenschuhe M. 145. Herren-Lackstiefel M. 225. Damen-Halbschuhe M. 155.
Herren-Stiefel 43/45 M. 198. Weisse Leinenschuhe Ia Rips M. 95, 98. Damen-Stiefel M. 195.

Wir bitten unsere Fenster zu beachten, aus denen auf Wunsch jedes Paar verabfolgt wird.

Quantitätsabgaben behalten wir uns vor.

Um auch unserer auswärtigen Kundschaft Gelegenheit zu geben, den weitgehendsten Gebrauch von unserem Angebot zu machen, öffnen wir an diesen Tagen unser Lokal um 9 Uhr.

Nur so lange der Vorrat reicht!

Wiebachs Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstr. 11/12.

1432

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Fleischverkauf.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es gelangt Rindfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 5. Juni d. J. durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der restlichen Fleischmarken für die Woche vom 31. 5.—6. 6. 20. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 7. Juni an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gramm 3,90 Mk.

Wurstverkauf.

Am Sonnabend, den 5. Juni d. J. werden bei dem Fleischer Klingner und den im Alphabet folgenden Fleischern bis Körner für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 4 A und 4 B — bei den Kinderkarten 4 A — der Reichsfleischkarten für die Woche vom 31. 5.—6. 6. 20 zu erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt für 50 Gramm 60 Pf.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Freitag, den 4. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 57 001—59 000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 59 001—61 500, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben.

Verteilung von Kokos-Speisefett.

Die Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Warenkundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, das in der Woche vom 14. bis 19. Juni zur Verteilung kommende Kokos-Speisefett auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof abzuholen. Die Abgabe erfolgt an Kleinhändler, deren Namen beginnt mit den Buchstaben: A—D Montag, den 7. Juni, E—G, Dienstag, den 8. Juni, H—K, Mittwoch, den 9. Juni, L—N, Donnerstag, den 10. Juni, O—Sch, Freitag, den 11. Juni, St—Z, Sonnabend, den 12. Juni, nur in den Vormittagsstunden von 7—½12 Uhr. Die vorstehende Ordnung ist genau einzuhalten. Für jede Person eines Haushalts kommen 200 Gramm zur Abgabe. Der Verkaufspreis beträgt 5 Mk. (fünf Mark). Gefäße in genügender Größe und Geld sind mitzubringen. Mit dem Verkauf des Kokos-Speisefettes darf vor Montag, den 14. Juni, nicht begonnen werden.

Städtischer Verkauf von Keks.
Fortsetzung der früheren Verteilung

in der Talamtschule, am Freitag, den 4. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 5000 bis zurück 2301, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket Keks zum Preise von 1,45 Mk. abgegeben.

Versorgung mit Kartoffeln.

In der Woche vom 7. bis 13. Juni können auf die Marke 42 der grauen Kartoffelkarte 8 Pfund Auslandskartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

Städtischer Verkauf von Kerzen

in der Talamtschule, am Freitag, den 4. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68 501—73 500, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 73 501—78 500, nachmittags von 2—6 Uhr. Es werden an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, drei Kerzen zum Preise von Mk. 4 für drei Stück abgegeben.

Bitterfeld.

Fleischversorgung.

In der Woche vom 30. Mai bis 5. Juni 1920 kommen auf den Fleischmarkenabschnitt Nr. 4 zur Ausgabe: a) Für die Fleischverkaufsstellen der Berufsschlächterei Bitterfeld, für Erwachsene 150 Gramm Frischfleisch, für Kinder unter 6 Jahren 75 Gramm Frischfleisch oder 125 Gramm Auslandspeck; b) für die Bezirksschlächterei Zörbig, für Erwachsene 150 Gramm Frischfleisch, für Kinder unter 6 Jahren 75 Gramm Frischfleisch; c) im übrigen Teil des Kreises 125 Gramm Auslandspeck. Der Preis für Auslandspeck beträgt 13,80 Mk. je Pfund.

Bitterfeld, den 1. Juni 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: ges. Stammer, Kreisdeputierter.

Leipziger Strasse 88 Fernruf 1224 — **Alte Promenade 11a** Fernruf 5738

Ab Freitag, den 4. Juni 1920
Erst-Aufführung
Indische Rache
Erlebnisse einer amerikanischen Zeitungskönigin.
5 sensationelle, abenteuerliche Akte mit
Edith Meller, Harry Liedtke.
— Vorführung: 4.20 6.30 8.50 —
Dazu das Lustspiel:
Das tapfere Schneiderlein.
Messter-Woche.
Beginn 4 Uhr.

Ab Freitag, den 4. Juni 1920
Erst-Aufführung
des hervorragenden Sensations-Gesellschafts-Dramas in 5 Akten
Zwischen Lipp' und Kelchesrand
mit
Rita Parsen, E. Mamelock.
— Vorführung: 4.40 6.50 9.10 —
Dazu das Lustspiel in 3 Akten
Der Mann mit dem Affenkopf
mit
Conrad Dreher.
Beginn 4 Uhr.

1434
Ab morgen Wochentags bis 5 Uhr auf allen Plätzen bei vollem Programm kleine Preise!

Apollo-Theater 8 Uhr. Heute und folgende Tage
Der fidele Gauner.
Eine Spitzbubengeschichte in 3 Akten v. M. Neumann
mit **Paul Beckers** in der Titelrolle. 1431

Stadttheater.
Freitag, den 4. Juni, Anfg. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Der Bettelstudent.
Sonnabend: 1419
Das Dreimäderlhaus

Thalia-Theater.
Gastspiel d. Stadttheater-Personals. 1418
Sonntag, den 6. Juni, abends 7½ Uhr:
Helden.

Reeller Einkauf aller Felle und Häute
Ausnahmepreise der fa. Fr. Wernitz, Sachsenstr.
Halle (Saale), 1424
Henriettenstr. 31.

Kinderbrille auf d. Wiese verlor. Geg. Belohn. abzug. Karlstr. 2 Hof III. 1416

Große Ulrichstr. 51 — Fernsprecher 4681

Ab Freitag, den 4. Juni — Erst-Aufführung.

Gewitter im Mai.

Ein Filmschauspiel aus den Bergen in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Ganghofer.

1433 In der Hauptrolle:
Thea Steinbrecher.
Hierzu: Das reizende Lustspiel in 4 Akten: **„Die Heiratspillen!“**
Heute letzter Tag! Hilde Wolter in ihrem Filmspiel: Die Siegerin.
Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachmittags
Kleine Preise bei vollem Programm!
Sonntags und Wochentags Einlaß 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr.

Volkspark Morgen, Freitag: **Großer Ball.**

Volkspark. Sonnabend, 5. Juni, abends 7½ Uhr: **1. gr. Volkskonzert** des Philharm. Orchesters. Leitg.: Kapellm. Augustin.
Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert bestimmt im großen Saale statt. 1420

3 Könige
Einen Abend köstlichen Humors:
Der König der Type, **Jim Scheer,** das Unikum d. Bühnenwelt,
und die anderen vorzüglichen Künstler.
1429 Eintritt 1 Mk. einschließlich Steuer.

Beths Bunte Bühne, Ecke Gr. Ulrichstr. u. Jägergasse.
Das neue Programm, ein Schlager 1. Ranges.
Albert Petzschner, ein Komponisten-Kongreß.
„Les Serranos“, die kleinsten Menschen.
Ueberzeugen Sie sich v. d. Güte u. Reichhaltigkeit d. Programms.

Deutsche Englische Zigaretten
amerik. Chesterfield, Nebo, Lord Nelson
wie immer äußerst preiswert 1403
für Wiederverkäufer u. Wirte.
Karl Gimpel, Engros-Verkauf, **Poststr. 6.**

Geschäftsübernahme.
Dem geehrten Publikum von Halle zur Kenntnisnahme, daß ich das
Gesellschaftshaus zur Reilsburg
Reilstr. 59 :: Reilstr. 59
übernommen habe. Ich bitte, mich durch gütigen Zuspruch unterstützen zu wollen. 1415
Hochachtungsvoll **P. Krüger.**
Empfehle meinen kräftigen Mittags- u. Abendtisch.

„Grüne Tanne“, Nietleben.
Freitag, den 4. Juni:
Grosses Tanz-Kränzchen
des G.-V. „Nelly“.
M. d. V. d. G.- u. V.-V. v. H. u. Umg.
Anfang 6½ Uhr. 1421

Neue Fahrräder 1426
mit prima Gummi (Friedenswerk).
Gr. Auswahl in erstklass.
Fahrraddecken u. -Schläuchen
Friedensware, bill. abzug.
C. Wurmstich, Merseburger Straße 163.

Herren- und Damenschuhe preisw. zu verk. Hartung, Gr. Gosenstr. 38, Hof, II Tr. 1414

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts
Volksbuchhandlung.

Dampferfahrt
Genzmerbrücke—Rabeninsel.
Regelmässige Fahrten:
Sonntags von 8 Uhr.
Dienstags u. Freitags von 2 Uhr mit Musik.
Anmeldungen von Vereinen usw. Saalberg 14 am Schiff.
*660 **Bergmann,** Jahnstr. 2. Tel. 4859.

Werbt für das Volksblatt.

Gesucht wird
der ledige Sohn der Berta Karoline Nieman,
Karl Julius August Nieman,
geboren am 3. August 1903 zu Halle-Giebichenstein. Wer über dessen Verbleib Auskunft geben oder sonstige Angaben machen kann, wird ersucht, mit durch die Exped. d. Blattes unter **V. B. 667** Mitteilung zugehen zu lassen. *656

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200603-14/fragment/page=0008